3. Jahrgang / Nr. 235

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche. 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 19. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk.
Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Der Kampf ums Brot.

Lohnkämpfe und Demonstrationen gegen die Teuerung im Reich.
Sturz der deutschen Papiermark auf weniger als zwei Pfennig.

Der Marktkurs ist wiederum rapide zurückgegangen. Der Dollar hat die unheimliche Höhe von 193 Mark erreicht. Damit ist die deutsche Papiermark im Welthandel weniger denn zwei Pfennig wert.

Das ist ungefähr die Höhe, auf der sich die österreichische Währung vor ihrem letzten großen Sturz hielt. Jetzt ist die österreichische Krone nur noch ein Fünfzehntel der deutschen Mark wert. Das zeigt uns unsere Zukunft.

Ganz wesentlich beeinflußt wird die deutsche Valuta durch die Erhöhung des Papiergeldumlaufes. In der letzten Septemberwoche war der Notenumlauf um 4 Milliarden erhöht worden, mit der Begründung eines stärkeren Geldbedarfes am Vierteljahrsabschluß. Darauf hätten aber enorme Summen zurückfließen müssen. Tatsache ist jedoch, daß in der ersten Oktoberwoche der Papiergeldumlauf abermals um eine Milliarde gestiegen ist. Der Papiergeldumlauf beträgt jetzt 95 Milliarden Mark.

Das Ganze wird die wüstesten Börsenspekulationen nach sich ziehen. Die Aktien werden weiter in die Höhe gehen, die Preise aller Bedarfsgegenstände und Lebensmittel werden noch rapider steigen als bisher, und die Arbeiter werden den Hungerriemen noch enger schnallen müssen.

Es wird die allerhöchste Zeit, in den Gewerkschaften und den Betrieben recht stürmisch an den Aufruf des ADGB. vom 23. August ds. Js. zu erinnern, in dem er der Arbeiterschaft versprach, in geschlossener Front gegen die Verelendung der breiten Massen kämpfen zu wollen. Der Reallohn der deutschen Arbeiterschaft ist heute bereits unter die Hälfte des Friedenslohnes gesunken. Wir fragen jetzt den ADGB. und die Arbeiter in den Betrieben, wo der Zustand beginnt, den der ADGB. Verelendung nennt?

Die Arbeiter allerorts beantworten diese Frage seit Wochen schon mit örtlichen Lohnkämpfen. Wo bleibt die vom ADGB. selbst propagierte Einheitsfront aller Kämpfenden? Der ADGB. rührt sich nicht. Um so stürmischer müssen die Mitglieder in den Gewerkschaften diese Front fordern und sie in den Betrieben herstellen.

Immer neue Teilstreiks im Reich.

Streik im chemischen Großhandel Berlins.

Wegen des provokatorischen Verhaltens der Unternehmer, die auch die geringfügigsten Lohnerhöhungen ablehnten, beschlossen die im Transportarbeiterverband organisierten gewerblichen Arbeiter des chemischen Großhandels in Berlin in den Streik zu treten.

Lederarbeiterstreik Barmen.

Da die Unternehmer sich weigerten, Zugeständnisse in der Lohnfrage zu machen, und einen Tarifvertrag abzuschließen, legten die Arbeiter der Lederbranche in Elberfeld-Barmen die Arbeit nieder.

Lohnbewegung der Halleschen Angestellten.

Eine von mehr als 4000 Angestellten besuchte Versammlung in Halle, auf der alle gewerkschaftlichen Organisationen, vom freigewerkschaftlichen Z. d. H. bis zum deutschnationalen D. H. V. vertreten waren, wandte sich in der schärfsten Weise gegen das Verhalten der Unternehmer, die jedes Entgegenkommen in der Lohnfrage ablehnten. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der gelobt wird, gegebenenfalls mit den schärfsten Mitteln die Forderungen der Angestelltenschaft durchzusetzen.

Streik in den Hamburger Margarinewerken.

Am 13. Oktober trat die gesamte Belegschaft der Margarinewerke Rositzky und Witt, Ottensen, in den Streik. Den Anlaß dazu gab das Verhalten einer Vorarbeiterin.

Streik bei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G.

Am 13. Oktober sind die Lokomotivführer sowie die Arbeiter der Hochöfen- und Elektrizitätsanlagen der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. in Gelsenkirchen in den Ausstand getreten. Die Ursache des Streiks ist die Ablehnung von wesentlich erhöhten Akkord-Prämienzulagen. Auch die übrigen Arbeiter des Betriebes sind dadurch zum Feiern gezwungen. In Betracht kommen etwa 4500 Arbeiter.

Streik bei der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn.

Wegen Lohnforderung trat die Belegschaft der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn in den Streik. Leider gibt sich ein Teil der Arbeiter zu Streikbrecherdiensten her.

Aussperrungen bei Hamburger Eisenfirmen.

Zwei Hamburger Eisenfirmen haben vor einigen Tagen ihre gesamte Belegschaft entlassen. Angeblich weil einige Handwerker ihre Entlassung genommen hatten, um anderweitig lohnendere Beschäftigung anzunehmen. Die wahre Ursache ist vielmehr, der Arbeiterschaft in den schwebenden Lohnverhandlungen eine empfindliche Schlappe beizubringen.

Der reaktionäre Ansturm gegen die Eisenbahner.

Der Bezirksbetriebsrat der schlesischen Eisenbahndirektion versendet ein Schreiben, in dem er darauf aufmerksam macht, daß durch eine neue Ministerialverfügung von den Eisenbahnern ein Dienst bis zu 14stündiger Dauer verlangt wird. Weiter wird erklärt, daß der Bezirksbetriebsrat darin eine ungesetzliche Vergewaltigung erblicke, und daß er weiterhin von derartigen Maßnahmen der Oeffentlichkeit Kenntnis geben werde, wodurch eine größere Aktion nicht zu vermeiden sein wird, für die er jedoch jede Verantwortung von vornherein ablehnen müsse.

Das Werftkapital setzt seine Angriffe fort.

Die gesamte Belegschaft der Köhlbrandtwerft in Altenwärder ist am 14. Oktober ausgesperrt worden.

Beendigung des Buchdruckerstreiks in Hamburg.

Am Sonnabend wurde von seiten der streikenden Buchdrucker das Verhandlungsergebnis angenommen. Hamburg wird mit Berlin gleichgestellt, außerdem bekommen die männlichen Arbeiter eine Wirtschaftsbeihilfe von 210 Mark, weibliche eine solche von 180 Mark, zahlbar in drei Raten. Auch in Harburg ist eine Verständigung erzielt worden.

Demonstration gegen die Teuerung.

Selbsthilfe der Arbeiterschaft.

Im Kreise Osnabrück, längs der holländischen Grenze, wirkt sich der rasche Fall der deutschen Valuta geradezu katastrophal aus. Infolge der verminderten Kaufkraft der deutschen Mark schnellten die Preise für fast alle Lebensmittel in die Höhe, so daß der Arbeiter mit seinem geringen Lohn sich kaum das Notdürftigste kaufen kann. Verschärft wird diese Krise durch ein Ueberfluten der Grenzstädte mit Holländern, Selbstverbrauchern und Aufkäufern, die mit ihrem hochwertigen Gelde jeden Preis zahlen können und trotzdem viel billiger einkaufen als jenseits der Grenze.

Die Textilarbeiter Rothhotns sahen sich infolge dieser Zustände gezwungen, Lohnforderungen an die Unternehmer zu richten. Trotzdem ein Teil der Gewerkschaftsführer es ablehnte, diese Forderungen zu bewilligen, gingen die Arbeiter selbständig zum Kampf über und erreichten unter Führung der Kommunisten, daß die Unternehmer bewilligten.

In Rheine (Osnabrück) kam es zu ähnlichen Vorfällen. Die Arbeiter aller Richtungen, einschließlich der christlichen, zogen demonstrativ vor das Rathaus. Die Kommunalbehörden verpflichteten sich den Demonstranten gegenüber, für eine Erfüllung ihrer Forderungen zu sorgen. Die Fabrikanten weigerten sich aber diesem Versprechen nachzukommen, worauf die Demonstration sich wiederholte und auch einen vollen Erfolg brachte.

In Schüttorf erklärten sich die Arbeiter mit dem Vorgehen ihrer Rheiner Kollegen solidarisch. Daraufhin wurde die Sipo alarmiert, die provozierend aufzog. Die Arbeiter antworteten mit Demonstrationen, an denen sich auch Frauen und Kinder beteiligten. Unter dem Eindruck dieser Kundgebungen mußte die Sipo wieder abziehen, begleitet vom Spott der Frauen und Kinder.

In Ibbenbühren gingen die Arbeiter gegen den Wucher der Landwirte und Händler zur Selbsthilfe über. Die Bauern forderten dort für Kartoffeln einen Preis von 70 bis 75 Mark pro Zentner. Der Landrat hielt einen Preis von 40 bis 45 Mark für angemessen. Daraufhin traten im Kreise Tecklenburg am 1. Oktober die Arbeiter in einen Generalstreik ein, an dem sich 20 000 bis 30 000 Arbeiter beteiligten. Besonders bemerkenswert ist, daß die Bevölkerung zu drei Viertel katholisch gesinnt ist. Die streikenden Arbeiter halten sämtliche Bahnhöfe besetzt, sie verhindern jede Ausfuhr und Verschiebung von Kartoffeln und anderen wichtigen Lebensmitteln. Sie sind gewillt, äußerste Anstrengungen zu machen, um eine weitere Ausplünderung der Arbeiter durch die Landwirte zu verhindern.

Aehnliche Vorkommnisse werden auch von der ostpreußischen Grenze und aus Baden und Württemberg an der Schweizer Grenze berichtet. Auch dort verkaufen die Landwirte ihre Produkte an ausländische Käufer, die die höchsten Preise zahlen. Der Ausverkauf nach dem Auslande, besonders nach der Schweiz, geht waggonweise erlaubt und unerlaubt vor sich. In der Schweiz sollen bereits so große Vorräte an deutschen Kartoffeln vorhanden sein, daß sie nicht mehr verstaut werden können.

Diese Zustände, die bereits in den Grenzstrichen zu Aktionen der werktätigen Bevölkerung geführt haben, müssen sich naturgemäß über ganz Deutschland auswirken. Die Kartoffelnot wächst sich bereits zur Katastrophe aus. Die Behauptung der Agrarier, die diesjährige Kartoffelernte sei geringer als die im vorigen Jahre, ist nicht wahr. Die Kartoffelnot wird herbeigeführt durch die Sabotage der Agrarier, die um des Profits willen kaltlächelnd Hunderte von armen Teufeln der völligen Verelendung preisgeben. Demgegenüber muß sich die Arbeiterschaft auf dem Lande und in der Stadt zusammenfinden zu einer wuchtigen Kampffront gegen die Teuerung. Die Gewerkschaften müssen überall mobilisiert werden für die folgenden Forderungen:

Sofortige Erfassung der Ernte.

Verbot des freien Aufkaufs.

Verteilung der Ernte nach Bedarf zu den von einer Notierungskommission im Einverständnis mit den Betriebsräten der Industrie, den Landarbeitern und Vertretern der Kleinbauern festgesetzten Preisen.

Die Untersuchungskomödie des Oppauer Verbrechens.

Ludwigshafen-Berlin, 18. Oktober.

H. R. Die Anilinkönige können triumphieren. Die „unparteiischen" parlamentarischen Untersucher und die Staatsanwaltschaft sind gnädige Richter. Die Anilinkönige haben es besser als die Anilinsklaven: sie stehen nicht vor Klassenrichtern. Es ist Fleisch von ihrem Fleisch, Blut von ihrem Blute, das über sie zu Gerichte sitzt.

Sie, die als Angeklagte vor dem Forum des parlamentarischen Tribunals erscheinen müßten, werden vom Gericht zu Kollegen, zu Urteilsfäller berufen! Die Direktoren der Badischen Anilin- und Sodafabrik als „unparteiische" Sachverständige in einer Anklage, die gegen sie selbst vorliegt! Sie werden bestellt als autoritative Sachverständige, die den Laienrichtern die Gesetze des Handelns vorzuschreiben haben. Mehr konnte sich ein „unparteiisches" Gericht nicht kompromittieren!

Unser Vertreter im Ausschuß protestiert, er nennt andere Sachverständige, 5—6 andere Namen von Ruf und Bedeutung, er verlangt, daß diese geladen werden, — das wird abgelehnt! Der Vertreter der Demokraten, der Abgeordnete Dietrich, hat ja die Katze aus dem Sack gelassen: „Laden wir andere Sachverständige, dann bekommen wir die verschiedensten Meinungen zu hören, dann kann man sich überhaupt kein Urteil bilden!" Also abgemacht: Die Angeklagten, die Anilinkönige, die Direktoren der Badischen Anilin- und Sodafabrik haben das Urteil zu fällen! Und damit basta!

Die Arbeiter marschieren auf. Glied an Glied reiht sich an die lange Kette der Beweisführung, noch drei, vier Glieder müssen hinzugefügt werden, dann ist der Ring geschlossen. Zwei, drei Zeugen fehlen noch und müßten zur Stelle geschafft werden. Es war am zweiten Verhandlungstag. Da erklärt der Ausschuß, nicht weiter verhandeln zu können, da die meisten Mitglieder abreisen müßten. Die drei offenen Fragen sollen dem Untersuchungsrichter beim Landgericht Frankenthal überwiesen werden.

Die drei offen gelassenen Fragen waren dabei die wichtigsten und interessantesten. Es sollte festgestellt werden, ob der Sprengmeister, der den Unglücksschuß abgab, von der Firma Kratz, die Interesse an hoher Leistung hatte, Schmiergelder bekommen habe, und in diesem Falle am Unglückstag ihm eine hohe Summe in Aussicht gestellt war. Diese Feststellung ist zu peinlich, sie muß unterdrückt werden. Unser Vertreter im Ausschusse protestiert. Er protestierte am Tage zuvor schon gegen die Absicht, daß man nur zwei Tage verhandeln wolle. Er protestiert, daß man die so entscheidend wichtigen Fragen einer Stelle überweisen will, auf die der Ausschuß gar keinen Einfluß hatte. Es nützt alles nichts.

Der Ausschuß beruft sich wohl darauf, daß die zweitägigen Verhandlungen am 7. und 8. Oktober nur Vorverhandlungen waren und die eigentlichen Verhandlungen erst Ende Oktober stattfinden würden. Aber selbst wenn es nur „Vorverhandlungen" waren: Worauf es ankommt ist, der Ausschuß mußte die angebotene Beweisführung des Arbeiterrates bei der wichtigsten und entscheidendsten Frage der ganzen Untersuchung annehmen. Das hat er nicht getan und damit hatte er die schwerste Unterlassungssünde begangen. Der Arbeiterrat hatte verlangt, daß die Bücher und insbesondere die Lohnbücher der Anilinfabrik und der Firma Kratz beschlagnahmt werden und man sich so des Beweismaterials versichert. Der Ausschuß stellte die Ausführung dieses Antrages in das Belieben des Untersuchungsrichters. Dieser kann es tun oder auch nicht. Wir brauchen unsere Erwartungen nach der Richtung nicht zu hoch zu spannen. Wir werden schon richtig erraten, wenn wir annehmen, er tut es nicht. Wenn schon der Ausschuß mit solch großen Machtvollkommenheiten den Mut nicht dazu fand, wie soll man dies von einem Beamten erwarten, der noch größere persönliche Rücksichten walten lassen muß.*) Bis aber der Ausschuß wieder erneut zusammentritt, haben die Angeschuldigten genügend Zeit und Muße, das belastende Material beiseite zu schaffen.

Der Ausschuß ging auseinander, ohne sich über die Beseitigung einer großen Gefahr zu vergewissern. Am 21. September explodierten 4000 Tonnen Ammonsulfatsalpeter. Die Wirkungen der Katastrophe sind bekannt. Heute nach drei langen Wochen gräbt man noch die Toten aus den Trümmern! **Aber hart neben dem damaligen Explosionsherde lagern heute noch 8000 Tonnen des gleichen Explosionsstoffes. Die Existenz des Lagers in Silo 112 bildet eine tausendfach größere Gefahr für die Bewohner der Kurpfalz als die vorübergegangene.** Aus einem geringfügigen Anlaß kann auch dieses Lager explo-

*) Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft die Untersuchung ganz eingestellt und schneller als wir annahmen, die Auffassung unserer Genossen bestätigt.

n 170

sieren. Geschieht das, dann geht es weit schlimmer ab wie das vorigemal. Die Menge ist genau die doppelte. Die Wirkung wird aber eine vieltausendfache sein. Es steht fest: Kommt es so weit, dann wird in den Städten Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal und Oggersheim, in den Landorten Oppau und Edigheim, Sandhofen und Studernheim, kurzum in einem Umkreise von 5 Kilometern kein Stein auf dem andern bleiben. Dieses Gebiet wird augenblicklich bewohnt von 450 000 Seelen.

Der Vertreter unserer Partei im Ausschuß frug die Direktion und den Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, ob es richtig sei, daß dies Lager vorhanden, daß in diesem Lager weiter gesprengt werde, und wie sie die Gefahren zu beseitigen gedenken. Die erste Frage wurde bejaht, die zweite verneint und triumphierend berichtet der Presseschmock, daß der Kommunist ein elender Verleumder sei. Wie aber wird die Gefahr beseitigt? Auf diese Frage gibt niemand eine Auskunft, und darauf kommt es doch letzten Endes an. Die Direktion sagt: Der Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft macht's. Der Aufsichtsbeamte, der derselbe ist, der auch vor der ersten Katastrophe den Betrieb zu überwachen hatte, meint, er werde natürlich sehr vorsichtig zu Werke gehen. Es ist der gleiche Aufsichtsbeamte, der nicht wußte, daß für Sprengungen Unfallverhütungsvorschriften bestehen. Mit der nichtssagendsten Erklärung dieses Aufsichtsbeamten gab sich der Ausschuß zufrieden.

Unser Vertreter forderte, daß das, was der Abgeordnete **B r e h** im Reichstag zu dieser Sache gesagt habe, erfüllt werden müsse. Der Abgeordnete Breh forderte, daß dieses Lager unter Wasser gesetzt werde. Aber eine solche Radikalkur kann doch nicht von den schwer heimgesuchten Anilinkönigen gefordert werden! Wo bliebe denn da der Profit! Der Aufsichtsbeamte erklärte zwar, er nehme stündliche Messungen der Temperatur des Stoffes im Lager vor, steige die Temperatur erheblich, dann werde er das Lager unter Wasser setzen. Wir zweifeln an der guten Absicht und an dem guten Willen des Beamten der Berufsgenossenschaft durchaus nicht. Hier kommt es aber nicht auf das Wollen und Mögen an, sondern auf das Müssen! Der arme Teufel von Sprengmeister, der den Unglücksschuß abgab, wollte auch nicht sich und seine Mitmenschen in die Luft befördern. Doch sei dem, wie dem sei, der Ausschuß hätte die Pflicht gehabt, sich über die unverzügliche Beseitigung der ungeheuren Gefahr zu vergewissern. Das hat er versäumt. Die Motive der Unterlassungssünde wollen wir nicht prüfen. Nur eine Feststellung sei gemacht. Kommt es zur zweiten, zur Generalkatastrophe, dann suche man nicht die Verantwortlichen unter den bedauernswerten Opfern, dem Aufsichtsbeamten, der nicht mehr sein wird, sondern dann ziehe man den famosen Untersuchungsausschuß zur Verantwortung, der die Untersuchung als Beruhigungspille betrachtet. Nur er, sonst niemand, ist der Verantwortliche! Das Hasardspiel um die goldene Kugel geht weiter. Zu den Hügeln von Menschenleibern werden Berge erneut gewagt! Wehe den Hasardeuren, wenn das Spiel mißglückt

Das Vertrauen, das die Anilinsklaven ihren Vertretern im Arbeiterrate geschenkt haben, haben diese vollkommen gerechtfertigt. Das war die einzige erfreuliche Erscheinung der gesamten Verhandlung. Wuchtig war das Anklagematerial, konsequent und lückenlos die Beweisführung, die der Arbeiterrat dem Ausschusse unterbreitete. Hier gab es keine Zweifel, keine gewundene und künstlich zurechtgestutzte Konstruktionen, keine Umwege und keine Beschönigungen, offen und geradeheraus war die Sprache. Keine Rücksichten auf persönliche Nachteile und Opfer. So einfach und schlicht, wie der Arbeiter nur sein kann. Aber auch so deutlich und ungeniert führte er seine Aufgabe durch. Die Vertreter der Arbeiter haben getan, was sie tun konnten, um ihre Klassengenossen und darüber hinaus die Bewohner der Gefahrenzone vor weiterem Unheil zu schützen, aber auch um Licht in das Dunkel der letzten Katastrophe zu bringen. Wenn die Durchführung dieser Aufgabe dem Arbeiterrate nicht gelang, so war das nicht seine Schuld, sondern die des parlamentarischen Ausschusses, dem die Pflicht auferlegt war, die der Arbeiterrat freiwillig auf sich genommen hatte. Damit steht das Urteil, das der Arbeiterrat gefällt hat, ohne im geringsten erschüttert zu sein, unumstößlich fest.

„Die Ursachen der Katastrophe liegen einwandfrei klar: Das Prämiensystem, die Pfuscharbeit, die Antreiberei, die Schmiergelder,

alle diese Faktoren, entsprungen aus der Profitwut der Anilinkönige, das sind die Verbrechen, die zur Katastrophe führten!" An diesem Urteile ändern alle Entscheidungen der Landgerichte und der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse nichts. Dieses Urteil ist nach langer umfangreicher Prüfung aller in Frage kommenden Tatsachen gefällt. Die Arbeiter boten die Beweisführung für ihr Urteil an. Der Ausschuß folgte solange, bis die entscheidenden Beweisstücke kamen und da brach er die Verhandlungen ab. Der Ausschuß täuscht sich, wenn er glaubt, damit das Urteil der Arbeiter aus der Welt geschafft zu haben. Die Kommunistische Partei wird der Anklage und dem Urteil der Arbeiter tausendfaches Echo gewähren. Genau wie der Vertreter der Partei den Arbeitern der Anilinfabrik die weitgehendste Unterstützung lieh, genau so werden die Kommunisten das Sprachrohr der Anilinarbeiter sein.

Politische Uebersicht.

Stinnes erobert Berlin.

Berlin, 18. Oktober.

Mit großer Heftigkeit war in den letzten Wochen der Kampf um das rote Berlin entbrannt. Die bürgerlichen Parteien scheuten selbst vor den schändlichsten Mitteln nicht zurück, um die Massen der Hinundherschwankenden, der Indifferenten und Kleinbürger für die Bourgeoisie zu mobilisieren. Man machte den kleinen Sparern Angst um ihre Sparkassenguthaben, man sprach von den kommunistischen und von den unabhängigen Stadträten wie von einer Horde von Plünderern und Verbrechern, man bestürmte(?) sie dem Oberpräsidium, um ihre Entfernung zu erreichen. Man wollte auch in Berlin den Weg frei haben für eine hemmungslose bürgerliche Kommunalpolitik unter der Führung der Stinnes-Parteien. Im Reich und in Berlin dasselbe raffinierte Spiel.

Das erste deutsche Transportschiff nach Sowjetrußland unterwegs.

Am Sonnabend, den 15. Oktober 1921, verließ das Schiff „Siegfried" den Stettiner Hafen, um die in Stettin aufgestapelten Waren und Spenden des deutschen Proletariats dem hungernden Rußland zu überbringen.

Nächste Woche werden die in Hamburg angekauften Lebensmittel vom Auslandskomitee ebenfalls unseren russischen Brüdern zugeschickt werden.

Die wochenlangen Sammlungen der Arbeiter und Angestellten, die unermüdliche Arbeit der Kinder, Jugendlichen und Frauen findet jetzt ihren konkreten Ausdruck praktischer, internationaler Solidarität. Allen Spendern und Gebern sei herzlich gedankt.

Ungeheuer viel schon haben die russischen Sowjets zur Ueberwindung der Hungerkatastrophe getan. Vieles bleibt noch zu tun übrig! Das heldenmütige russische Proletariat rechnet weiterhin auf tatkräftige proletarische Hilfe der westeuropäischen Arbeiterschaft. Setzt Eure Sammeltätigkeit fort!

Macht aus der Oktoberwoche einen Oktobermonat! Sammelt! Helft! Gebt sofort!

Die a m t l i c h e n Resultate über die Stadtverordnetenwahlen liegen noch nicht vor. Es ist aber zu erwarten, daß die bürgerlichen Parteien zusammen eine geringe Mehrheit erreicht haben. Die drei Parteien, die sich auf die Arbeiterschaft stützen, sind in der Minderheit. Das Berliner Proletariat wird es selbst in den engen Grenzen, die der Kommune gezogen sind, zu spüren bekommen, was ein Regiment der Bourgeoisie im Stadtparlament und im Magistrat bedeutet: Schutz der Geldschränke, Abwälzung der ungeheuren kommunalen Lasten auf das Proletariat, Verhinderung aller Reformen des Wohnungswesens in proletarischem Sinne, vollkommene Auslieferung der Groß-Berliner Bildungsanstalten an die reaktionär-monarchistische Bourgeoisie.

Der Ausfall der Berliner Wahlen ist aber nicht nur wichtig für Berlin selbst, sondern auch von entscheidender Bedeutung für das gesamte Reich. Das rote Berlin, die Hochburg des revolutionären Proletariats, die Stadt, in der die entscheidenden Kämpfe um die Erringung der politischen Macht durch das Proletariat gekämpft wurden, ist dem nationalen Bürgerblock ausgeliefert. Das wird seine Rückwirkungen auf die preußische und auf die Reichspolitik haben. Wie in Berlin, so ist auch im Reiche die Bahn zur Stinnes-Regierung, zur „großen Koalition" frei.

Kein Grund zu triumphieren! Im Gegenteil, für jeden Sozialisten ein schmerzlicher Tag. Ein tieftrauriges Symptom mehr. Dummer Selbststolz läßt „Freiheit" und „Vorwärts" heute morgen die gleichen Ueberschriften finden. In Plakatschrift verkünden sie: „Die SPD. stärkste Partei im Stadtparlament" und die „Freiheit" jubelt verlogen-komisch: „Die USPD. die stärkste Partei." Betrogene Betrüger!

Statt sich an die Brust zu schlagen, statt auszurufen: Unsere Schuld, allein unsere Schuld! werfen sie den Berliner Arbeitern Sand in die Augen, wiegen sie von neuem in Illusionen. Stinnes hat gesiegt. Der Weg von Görlitz nach Berlin ist kurz.

Bisherige Resultate.

Kommunisten	157 013	Stimmen
USP.	318 206	"
SPD.	339 947	"
Demokraten	122 673	"
Zentrum	61 259	"
Wirtschaftspartei	83 531	"
Deutsche Volkspartei	255 266	"
Deutschnationale Volkspartei	299 880	"
Deutschsoziale	12 588	"

Stärke der Fraktionen.

Nach den abgegebenen Stimmen werden voraussichtlich erhalten:

KPD.	21	Stadtverordnete
USP.	43	"
SPD.	46	"
Deutsche Demokraten	16	"
Deutschnationale Volkspartei	40	"
Deutsche Volkspartei	34	"
Zentrum	8	"
Wirtschaftliche Vereinigung	11	"
Deutschsoziale	1	"

Die restlichen 5 Mandate verteilen sich voraussichtlich wie folgt:

SPD.	1	Stadtverordneter
Deutschnationale Volkspartei	1	"
Deutsche Volkspartei	1	"
Deutschsoziale	1	"
Deutsche Demokraten	1	"

Die Mehrheit der Bürgerlichen wird also nach obiger Aufstellung 5 Stimmen betragen.

Also voraussichtlich:

114 bürgerliche gegen 111 sozialistische Stadtverordnete.

Vor der Stinnesregierung.

(WTB.) Berlin, 18. Oktober.

Der Aeltestenrat des Reichstages ist auf Montag vormittag 10 Uhr einberufen worden und wird sich über die nächste Sitzung des Reichstages schlüssig werden. Die Gesamtdemission des Kabinetts, die nach allen Verlautbarungen bestimmt zu erwarten ist, dürfte nicht vor Montag fallen.

Die bürgerliche Presse meldet hierzu, daß aller Wahrscheinlichkeit nach sowohl der größte Teil des Zentrums als auch die Mehrheit der Demokraten Wirth fallen lassen werden.

Die Verhandlungen der Parteien über die Bildung der „Koalition der Mitte" werden nach den letzten Meldungen in „inoffizieller" Form fortgesetzt.

Die Gegenrevolution hat die Entscheidung über Oberschlesien gut auszunützen verstanden. Sie hat Stellung um Stellung errungen.

Schon mehren sich die Stimmen, die Wirths Kopf fordern. Hergt, der Führer der Deutschnationalen, erklärte in einer Rede:

„Die neue Regierung und der Reichstag müßten beginnen mit einem Protest, der die Zerreißung Oberschlesiens in Erscheinung treten läßt. Keine Steuerexperimente. Vor allem dürfte von der Erfassung der Sachwerte, der Vermögenssubstanz, keine Rede mehr sein."

Das ist klar genug gesprochen. Das bedeutet die Entfesselung aller Kräfte der Gegenrevolution, den Raubzug gegen das Proletariat. Dasselbe aber will die Stinnespartei.

Die SPD.- und USPD.-Presse schweigen. Die Mehrheitssozialisten haben durch ihre Beteiligung an der chauvinistischen Hetze der letzten Tage den Wünschen der Gegenrevolution die Tür geöffnet. Nur ab und zu ertönt aus dem Munde der Mehrheitssozialisten ein Ruf für Wirth. Aber Wirth ist gegenwärtig ja nur noch der Platzhalter der Stinnesregierung. Sollte das Geschäft mit Stinnes schon perfekt sein?

Die Arbeiter müssen auf der Hut sein! Es gilt, sich zusammenzuschließen zum Kampfe gegen die Gefahr der Stinnesregierung.

Reichstagszusammentritt.

(WTB.) Berlin, 18. Oktober.

Das Plenum des Reichstages ist für Donnerstag zu einer Sitzung einberufen worden.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

. . . in der Theorie.

(TU.) München, 18. Oktober.

Mit dem heutigen Tage wird der bayerische Ausnahmezustand aufgehoben. Da die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 29. August weiter besteht, hat die bayerische Regierung die Möglichkeit, die kommunistische Presse auch fernerhin zu knebeln. Ebenso werden durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht die sogenannten „Volksgerichte" berührt. Die politische Agitation der Kommunisten kann also durch die Ausnahmejustiz ebenfalls weiter unterbunden werden.

Von einer Aenderung des Kurses wird erst dann die Rede sein können, wenn die Volksgerichte verschwunden und ihre Opfer aus der Haft entlassen worden sind.

*

. . . in der Praxis.

(WTB.) Nürnberg, 18. Oktober.

Die unabhängige „Volksstimme" wurde auf eine Woche verboten, weil sie den Minister Rathenau als „französischen" Wiederaufbauminister und als Lügner bezeichnete.

*

Der Münchener Polizeipräsident a. D. Poehner zum Rat des Obersten Landesgerichts ernannt.

(TU.) München, 18. Oktober.

Der ehemalige Münchener Polizeipräsident Poehner ist als Rat des Obersten Landesgerichts wieder in den Justizdienst übergetreten.

„Das ist der „neue Kurs" in der Praxis."

Kriegshetze monarchistischer Offiziere.

(WTB.) Berlin, 18. Oktober.

Der Nationalverband Deutscher Offiziere hat an den Reichskanzler folgendes Brieftelegramm gesandt:

„An den Herrn Reichskanzler, Berlin. In dem Augenblick, wo die Gefahr eines neuen Raubes unersetzlichen deutschen Landes bevorzustehen scheint, wendet sich der Nationalverband Deutscher Offiziere unter Hintanstellung aller politischen Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze an Sie, Herr Reichskanzler, mit der eindringlichen Bitte, durch klare Ablehnung jeden neuen Rechtsbruch, insbesondere jeder mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehenden Forderung der Vertragsgegner, in letzter Stunde eine einheitliche Abwehrfront der „Gutgesinnten" herzustellen, die allein Oberschlesien vielleicht noch beim Reiche erhalten kann.

Nationalverband Deutscher Offiziere."

Die Bildung der „Abwehrfront der Gutgesinnten zur Erhaltung Oberschlesiens" bedeutet nichts anderes, als freie Hand für eine neue Kriegshetze, für einen Feldzug der Selbstschutzbanditen.

Die Regierung Wirth, die in „nationaler Abrüstung" macht, die Sozialdemokraten, die sich an der „nationalen Einheitsfront" beteiligen, leisten dem Treiben der Konterrevolutionäre Vorschub.

Putschgerüchte in Oberschlesien.

(WTB.) Berlin, 18. Oktober.

In der bürgerlichen Presse wird gemeldet, daß man in den oberschlesischen Grenzorten an einen bevorstehenden Putsch von polnischer Seite glaubt. In Wirklichkeit fürchtet man sowohl auf polnischer wie auf deutscher Seite, daß die künstlich aufgestachelte nationalistische Erregung zu bewaffneten Zusammenstößen führen könne. Die deutsche Orgesch wie die polnische Bojowka (Gemeindewache) befinden sich in Alarmbereitschaft. Selbst das „Berliner Tageblatt" muß zugeben, daß unbesonnene Elemente leicht zur Selbsthilfe greifen können.

Die Kommunistische Partei Oberschlesiens erläßt in dieser Situation einen Aufruf in deutscher und polnischer Sprache, der vor Provokationen warnt. In dem Aufruf heißt es:

„Wieder sind die Banditen des kapitalistischen Systems unter der Phrase der Vaterlandsverteidigung an der Arbeit, Euch in ein neues Blutbad hineinzuhetzen . . . . Und so als klassenbewußte Arbeiter, ob Ihr deutsch oder polnisch sprecht, beratschlagt gemeinsam und wappnet Euch gemeinsam zur Abwehr. Bleibt in den Betrieben und laßt Euch nicht dazu provozieren, auf den Straßen mit dieser oder jener nationalistischen Seite zu demonstrieren, um dann von diesen oder jenen nationalistischen Provokateuren in ein Blutbad gehetzt zu werden. Sollte aber Eure Abkehr von den Drahtziehern der Orgesch und der Bojowka dennoch nicht den Erfolg haben, daß sie von ihrem wahnsinnigen Beginnen ablassen, sollten dennoch die Mordwerkzeuge in Anwendung gebracht werden, so greift zu Eurer stärksten wirtschaftlichen Waffe, zum Generalstreik. Legt Handel und Wandel und jeglichen Verkehr still.

Teilung Oberschlesiens, ein Unternehmergeschäft.

(WTB.) Berlin, 18. Oktober.

Während im politischen Teil die bürgerliche Presse in den aufgeregtesten Tönen über die Teilung Oberschlesiens jammert und den Ruin der deutschen und oberschlesischen Industrie prophezeit, behandeln die oberschlesischen Unternehmer und die Börse die Entscheidung von Genf viel nüchterner. Der Handelsteil der bürgerlichen Presse meldet z. B., daß die Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. in Gleiwitz ihr Grundkapital von 75 auf 150 Millionen Mark erhöht. Daß auch die weiteren Aussichten

des Unternehmens gute sind, beweist folgende Mitteilung des Aufsichtsrats:

„Die Gesellschaft sicherte sich im Vorjahre das Nießbrauchsrecht der Gewerkschaft Steinkohlenwerk Vereinigte Glückhilf-Friedenshoffnung, Hermsdorf, Bez. Breslau, auf vier Jahre, sowie die Möglichkeit des Erwerbes fast aller Kuxe dieser Gewerkschaft.

Es liegt im Interesse der Gesellschaft, den Eintausch von Kuxen zu beschleunigen.

Die Tochtergesellschaften sowie Unternehmungen, an welchen die Oberschlesische Eisen-Industrie A.-G. beteiligt ist, sind genötigt, die Verstärkung ihrer Betriebsmittel vorzunehmen. Ferner schweben aussichtsreiche Verhandlungen wegen weiterer Beteiligungen auf dem Gebiete der Verfeinerungsindustrie im eventuellen Eintausch gegen Aktien sowie zur Erweiterung der Handelsorganisation der Gesellschaft."

Englands und Frankreichs gemeinsame Interessen an der Profitmacherei in Ost-Europa.

(TU.) Riga, 18. Oktober.

In Rigaer außenpolitisch interessierten Kreisen hat die Genfer Entscheidung über Oberschlesien außerordentliches Aufsehen erregt. Man glaubt, daß die englische Zustimmung zu diesem oberschlesischen Teilungsplan des Völkerbundsrats, der offenkundig den französisch-polnischen Interessen zum Siege verholfen hat, ihren Grund darin haben kann, das grundlegende französische Auseinandersetzungen im europäischen Osten schon seit einiger Zeit zum Abschluß gekommen sind. Gerüchte über eine derartige Abrede zwischen Frankreich und England sind schon seit längerem verbreitet und finden jetzt in dem Genfer Entscheid ihre Bestätigung. Die Verhandlungen sind in so vertraulicher Form geführt worden, daß die untergeordneten englischen und französischen diplomatischen Stellen darüber noch nicht informiert sind. Frankreich und England haben sich auf eine Teilung der gesamten Ostinteressen geeinigt, und zwar derart, daß Frankreich die Vorhand in der Tschechoslowakei, in Polen, in Litauen, Lettland und Estland zukommt, während sich England alle wirtschaftlichen Vorrechte in Rußland und in einigen wenigen Ostseehäfen vorbehalten hat. England hätte somit fürs erste grundsätzlich seine Zustimmung zu einer kontinentalen Vormachtstellung Frankreichs im nahen Osten gegeben, auf der anderen Seite aber sich Einfluß auf alle Fragen des nahen und fernen Ostens vorbehalten, die in London zur Zeit die größten Sorgen bereiten.

Die Imperialisten der Entente haben also Ost- und Mitteleuropa in Interessensphären eingeteilt. Diese „Einigung" bereitet den Boden für neue imperialistische Raubzüge und legt den Grundstein zu neuen Konflikten.

Die veränderte Haltung Englands, die zu diesem Pakt mit dem französischen Imperialismus geführt hat, entspringt zum ersten dem Bestreben Englands, Frankreich angesichts des baldigen Zusammentretens der Washingtoner Konferenz auf seiner Seite bei den Auseinandersetzungen mit Amerika zu sehen, zum anderen der Gefahr, daß der deutsche Kapitalismus sich neue Absatzgebiete im Osten schafft und so als gefährlicher Konkurrent Englands auftritt, vorzubeugen.

Die Botschafterkonferenz nimmt die Erklärung des Völkerbundes über die Teilung Oberschlesiens an.

(EE.) Paris, 18. Oktober.

Die Sitzung der Botschafterkonferenz begann heute nachmittag um 4½ Uhr. Sie nahm die Empfehlung des Völkerbundes in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht an.

In einer zweiten Sitzung, die wahrscheinlich am Montag stattfinden wird, wird die Botschafterkonferenz die Einzelheiten feststellen, wie den Deutschen und Polen der Beschluß des Obersten Rates mitgeteilt werden soll. Ferner wird die Botschafterkonferenz den Zeitpunkt bestimmen, an dem das Gebiet von den alliierten Truppen geräumt werden soll. Man glaubt, daß dies in einem Monat der Fall sein wird.

Die Amsterdamer für Rußland.

Die sozialdemokratische Presse hat bis heute ebensowenig Stellung genommen zum ersten Aufruf der Amsterdamer Internationale zur Hilfe für Sowjet-Rußland, wie der ADGB. Dieses Schweigen des ADGB. und der Sozialdemokratie hat sicherlich politische Gründe, denn der Amsterdamer Aufruf enthält Wahrheiten, die den deutschen Partei- und Gewerkschaftsführern mit ihrer Görlitzpolitik wahrlich nicht angenehm sein können. Wir wissen nicht, was inzwischen für Korrespondenzen zwischen Amsterdam und Berlin gewechselt wurden. Aber auch ohne das zu wissen, ist unverkennbar, daß zwischen der Amsterdamer Internationale und dem ADGB. bzw. der Sozialdemokratie Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, die vielleicht in einen Konflikt ausarten können. Denn es ist zweifellos ein starkes Stück einer angeschlossenen Landesorganisation, Aufrufe der Internationale einfach zu ignorieren, also zu sabotieren, dafür aber, gleichsam als Protest, ein dem Geiste des Aufrufs strikte entgegengesetztes Programm (das Görlitzer) vollinhaltlich im „Korrespondenzblatt" abzudrucken. Ob sich die Amsterdamer Internationale dagegen wehren wird? Wir bezweifeln es sehr und teilen diese Dinge nur mit, um den „neuen internationalen Geist der deutschen Gewerkschaftsführer" erneut zu beleuchten, als den alten Geist der zusammengebrochenen Zweiten Internationale.

Die Amsterdamer Internationale hat mittlerweile einen zweiten Aufruf zur Russenhilfe herausgegeben, der diesmal nicht nur vom ADGB. und der Sozialdemokratie, sondern fast von allen Gewerkschaftsblättern in Deutschland ignoriert wird. (Auf höhere Anweisung?) Ja, sogar die Presse der Unabhängigen bringt diesen Aufruf meistens nur im Auszuge. Kein Wunder, wendet sich doch die Amsterdamer Internationale gegen den von Kautsky-Hilferding viel gerühmten Wilsonschen Völkerbund.

Der neue Aufruf der Amsterdamer Internationale lautet:

Die Zeitungen vom 26. September bringen folgende Meldung: „Die Versammlung des Völkerbundes habe beschlossen, die Frage der Hungersnot in Rußland auf ihre Tagesordnung zu setzen. Die mit der Untersuchung der Frage betraute Unterkommission hat jedoch festgestellt, daß die Regierungen unter den heutigen Umständen nicht in der Lage sind, Kredite zu gewähren. Die Kommission hat denn auch beschlossen, die ihr gestellten Fragen verneinend zu beantworten."

Die Kommission hat also der Versammlung abgeraten, „an die Regierungen einen dringenden Appell zu richten, die notwendigen Kredite zu gewähren."

Die Kommission konnte der Versammlung nicht empfehlen, den Rat des Völkerbundes aufzufordern, die bestehende Organisation für internationale Kredite für die Verwaltung der verfügbaren Kapitalien und die Ueberwachung der durch die russische Regierung zur Garantie der Kredite bewilligten Bürgschaften zur Verfügung zu stellen.

Wenn man den feierlichen Einsetzungsworten glauben soll, ist der Völkerbund gegründet worden, „zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit." Was liegt näher, als daß die Mitglieder dieses Bundes alle Bestrebungen bereitwilligst, ja, leidenschaftlich unterstützen, in denen der Geist internationaler Hilfsbereitschaft einmal zur Tat werden kann.

Es wäre daher zu erwarten, daß die Bundesmitglieder sich zu Vorkämpfern der Hilfsaktion für Rußland machen würden.

Ein Volk in Not. Millionen von Hunger und Epidemien heimgesucht. Welch eine würdige Aufgabe für diese beredten Anwälte der Humanität, sie scheuen sonst weder Kosten noch Resolutionen.

In vielen Kommissionen lösen sie mit dem Munde alle politischen Fragen, von der Küste des Stillen Ozeans bis zur polnisch-litauischen Grenze, alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme, deren furchtbaren Auswirkungen besiegte und siegreiche Völker ausgesetzt sind.

Aber, wenn es sich darum handelt, ihre Ideale in die Praxis umzusetzen, sind sie nicht in der Lage, Kredite zu gewähren. Sie haben kein Geld.

Sie haben kein Geld für Hungernde und Kranke. Sie haben kein Geld, um darbende Kinder vor Elend und Tod zu schützen.

Aber für Großkampfschiffe, Granaten, giftige Gase und alle Mordwerkzeuge unserer „Zivilisation", haben die Bundesmitglieder Geld genug — trotz aller Friedensbeteuerungen.

Japan braucht nahezu 50 Prozent seiner jährlichen Ausgaben, fast 115 Millionen Pfund, für Heer und Flotte. England hat jetzt vor der Friedens-Konferenz in Washington, vier Schlachtschiffe in Auftrag gegeben, die 30 bis 40 Millionen Pfund kosten; die reicheren Dominions werden das Mutterland durch Aufstellung eigener Flotten entlasten und unterstützen. Allein für seine Luftflotte hat England seit dem Waffenstillstand 4 300 000 Pfund ausgegeben. Frankreich vergeudet Unsummen Geld und Menschenkraft für sein riesiges Heer.

Alle diese Staaten, alle Staaten des „Friedensbundes", verschleudern bedenkenlos das Einkommen des Volkes für die Werkzeuge der Vernichtung, für die wirksame Vorbereitung des nächsten Krieges.

Die russische Regierung hat den Kommissar des Roten Kreuzes, Nansen, gebeten, in ihrem Namen von den Regierungen Europas 10 Millionen Pfund Kredit zur Linderung der dringendsten Not zu erbitten. Der Völkerbund hat geantwortet: Sein Beutel ist leer für das russische Volk, aber seine Mitglieder sind bereit, das vielfache dieses Betrages für die Wiederkehr eines neuen Weltkrieges auszugeben.

Es wäre dem Völkerbund ein leichtes, dem russischen Volk die erbetene Anleihe zur Verfügung zu stellen. Er könnte noch bei weitem mehr geben, wenn es seinen Mitgliedern ernst wäre, die Rüstungen einzuschränken. Aber es ist ihnen nicht ernst.

Sie schwatzen vom Frieden und rüsten zum Krieg.

Nationalistische und kapitalistische Rivalität wuchert fort unter dem schönen Schein internationaler Gemeinschaft.

Diesem unredlichen Geist müssen die Arbeiter in allen Ländern entgegentreten. Wenn jemals aus den Abrüstungsträumen Wahrheit werden soll, müssen die Regierungen die Macht der Arbeiter respektieren lernen.

Kameraden, die Arbeiter müssen beweisen, daß in ihren Reihen der wahre Geist der Gemeinschaft der Völker lebendig ist.

Zweierlei tut not.

Die Regierungen dürfen sich nicht im Namen des Völkerbundes ihrer Pflicht entziehen, dem russischen Volke zu helfen. Da die internationale Vertretung der kapitalistischen Staaten kläglich versagt, müssen die Gewerkschaften den Regierenden ihre Pflicht mit verdoppelter Kraft zum Bewußtsein bringen. Der Beschluß des internationalen Gewerkschaftsbundes auf seiner Berliner Konferenz, daß die Landeszentralen „auf ihre Regierungen den stärksten Druck ausüben" sollten, „um diese zur unverzüglichen Hilfeleistung für das russische Volk zu veranlassen", muß von den Gewerkschaften überall durchgeführt werden.

Aber das allein ist nicht genug. Das russische Volk vertraut auf die Hilfsbereitschaft der Arbeiter in allen Ländern. Gebt den letzten Pfennig, den Ihr entbehren könnt, an die Sammelstellen der Gewerkschaften.

Völker! Nieder mit der Reaktion und Militarismus! Helft dem russischen Volk!

Die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale.

Postabonnenten

Wenn eine Unterbrechung des Bezuges unserer Zeitung nicht eintreten soll, muß die Erneuerung beim zuständigen Postamt in den Tagen vom

20. bis 25. Oktober d. Js.

vorgenommen werden. **Der Verlag.**

Dort, wo man Hungers stirbt.

3] Von P. Podaschewski.

(Schluß.)

„Ja, Bruder, sehr bald schon!" . . .

Eine Lüge war es, denn Hilfe wird es natürlich geben, aber Ich wollte ihm mit Unerbittlichkeit antworten:

„Für dich, Bruder, wird es sicher keine Hilfe mehr geben!" — antwortete ihm aber mit einer grausamen Lüge: nicht für ihn.

Zu Mittag brannte die Sonne schon mit solcher Glut, daß es buchstäblich unmöglich wurde, im Dorfe weiter umherzuirren, und wir gingen in das Gebäude des Vollzugsausschusses. Hier fanden wir ein Bild, das — wie der Vorsitzende sagte — in der letzten Zeit gewöhnlich wurde:

„Man beriet, wie mit Dieben zu verfahren sei."

Das Stehlen folgt in Ivanovka Schritt für Schritt dem Hunger. Früher hatte das Dorf gar keine Ahnung, was „eigene" Diebe haben heißt.

Es kamen Diebstähle vor, aber die Schuldigen waren fast immer verschiedene Landstreicher, „mit zweifelhaften Dokumenten". Das ist jetzt nicht mehr so.

„Diese da — zeigt der Vorsitzende auf eine Frau mit wirren Haaren —, die unter den herbeigeführten Dieben steht — die Anuschka —, ist die leibliche Tochter des allerreichsten Bauern unter uns, das heißt, des früher reichsten. Schämst du dich nicht, Anuschka?" — wandte er sich zu ihr —, „das dritte Mal bringt man dich diese Woche schon her, — was machst du nur?"

(Schluß folgt.)

Anuschka ist augenscheinlich einem hysterischen Anfall nahe, sie spricht schon nicht, sondern schreit:

„Sperr mich nur ein! So, wie du willst! Aber sterben will ich nicht! . . . . . Ich will nicht sterben!" . . . . .

Anuschka wurde „beim Kürbis" erwischt. Jede Nacht nimmt man 15 bis 20 Leute fest. Sie stehlen nacheinander alles, was man nur kauen kann.

Fürs „Sitzen" gibt es keinen Platz und außerdem hat ja jeder Dieb nur einen Traum: daß er irgendwo „sitzen" kann, dort wird man wenigstens gefüttert.

„Das ganze Dorf aber," sagt der Vorsitzende, „kann man doch nicht einstecken, und außerdem, aufrichtig gesagt, was sind das für Diebe?! Der Hunger stiehlt, nicht sie . . . . . ."

Schließlich erlangen all diese „Diebe" zu ihrer großen Erbitterung an Ort und Stelle wieder ihre Freiheit, noch einmal die Belehrung empfangend, daß „das Stehlen nichts taugt!" . . . . .

Der Hunger verwirrte alle Begriffe. Die Leute sagen über sich selber, daß sie „ganz duselig" sind, sie wissen selbst nicht, was sie machen, alle Gedanken sind auf eine Frage konzentriert:

„Wo und wann man zu essen finden könnte?", und dieser Gedanke verhüllt alle realen Lebensbedingungen. Das Leben im Flüstern, im Umhertappen fängt an.

Dieses Hinausgeschleudertsein aus dem Geleise selbst der primitivsten, sozusagen instinktiven Logik, zeigt sich besonders im sogenannten „Flüchten". Man irrt im Dorfe umher und wundert sich der großen Zahl der verschlagenen Häuser. Bis jetzt verließen Ivanovka 300 Bauernfamilien. Die übrigen bereiten sich dazu vor. Wir würden den Bauern umsonst zu überreden suchen, daß er nicht wegfährt, er wird alle Beweggründe anscheinend aufmerksam anhören, mit Kopfnicken sogar seiner Zustimmung Ausdruck geben, er wird aber die ganze Rede — dessen können wir überzeugt sein — kurz und überzeugt so zusammenfassen:

„Das ist ja alles richtig; man muß aber doch fahren."

Und er fährt. Es ist, als ob ein Bazillus der Landflucht im Dorfe umherwandelte, der alle in Fieber versetzt. Die Leute werden maniatisch. Jetzt hat schon ein jedes Dorf genügend viele Erfahrungen mit diesem Abreisen aufs Geratewohl gemacht, aber es nützt alles nichts! Da haben wir den kaum auf den Füßen stehenden, wie eine Hopfenstange langen und mageren Bauern Konstantin. Es war, als ob ihn ein Wirbelwind ergriffen und betäubt hätte. Augenblicklich verkaufte er alles, was jemand nehmen wollte, und fuhr mit seinem, dem Krepieren nahen Pferdchen . . . nach dem Kaukasus. Nach zwei Wochen kehrte er zurück, nachdem er im ganzen 100 Werst gemacht und unterwegs alles Mögliche verzehrt hatte.

„Das Pferd blieb stehen . . . ."

Worüber soll man da noch sprechen mit diesem großen Kind?! Es stellt sich aber noch mehr heraus: Konstantin kam zurück mit der Hoffnung: „Vielleicht kauft jemand die Hütte und ich fahre dann wieder zurück nach dem Kaukasus." Soviel blinde Verstocktheit ist in diesem Entschlusse, daß ihm niemand mehr abreden wird, — er wird wegfahren, auch wenn er das Haus nicht verkauft.

„Wir sterben ja sowieso!" Hiermit erklären und rechtfertigen alle Abreisenden ihre Reise, die kein Ziel und keinen Zweck hat und nur dahin führt, wohin eben Gott den Weg weisen wird!

Zwei Worte — „essen" und „flüchten" — bemächtigten sich der Sinne des Dorfes und beraubten es aller seiner Lebenskräfte. Der Pulsschlag des Dorfes kam zum Stehen. Und die Leute, die noch schwankend im Dorfe umherirren, scheinen wie umherwandelnde Leichen, wie menschliche Schatten.

Flecktyphus, Cholera, Hunger! Tägliche Beerdigungen. Tagtäglich begleitet man jemanden, „wohin Gott den Weg weist!" Es ist, als ob das Dorf unter dieser sengenden Sonne schmelzen würde.

Auf Anordnung des Zentralkomitees ist unlängst ein „Bauernkomitee zur gegenseitigen Hilfe" gegründet worden. Ich suche den Vorsitzenden. Er ist nach Taschkend gefahren. Ich spreche mit der Lehrerin. Sie blieb allein zurück. Sie irrt umher ohne Beschäftigung, hungrig und ratlos.

„Und Ihre Kollegen?"

„Sind weg . . . ."

Ich spreche mit dem alten Feldscher. Dreißig Jahre ist er in diesem Kreis an Arztes Stelle. Er seufzt und spricht:

„Solange man noch Proviant gab, war da bei mir eine Cholerabaracke, sie hieß nur so. Ich nahm dort jeden auf, Heilmittel gab es sowieso keine, ich gab nur so der Reihe nach zu essen, denen, um die es schon sehr schlimm stand. Drei Tage lang ißt der Kranke Krankenbrot, kommt dann zu sich, da schicke ich ihn weg und legen einen anderen hin. Dann aber gingen die Nahrungsmittel zu Ende, da schickte ich die Kranken nach Hause und machte die Baracken zu. Ich kuriere noch mit irgendwelchen Gräsern, hat es aber einen Sinn?! Dem Tode kann man mit Gräsern nicht beikommen. Menschen!", lacht der Alte. „Und selbst ißt man ja auch nur Gräser! . . . Man muß weg! . . ."

Der Pope, ein Riese an Gestalt, versammelte sein Kirchspiel — erzählten die Bauern — und wendete sich an sie mit den Worten:

„Es steht schlecht um mich, Brüder, — urteilt selbst! Ihr habt nichts, folglich habe auch ich nichts. Es geht dem Tode zu! Lasset mich weg, damit ich mich irgendwie anderwärts nähre, ich fahre weg."

Die Bauern protestierten und verkündeten nach einer Beratung dem Popen:

„Du, Väterchen, mache es, wie es dir Gott zeigt. Der Wille der Gläubigen ist aber dieser: Da wir bis zum Herbst alle sterben müssen — sowohl du, als wir müssen es —, so müssen wir zusammen sterben, wie wir auch zusammen gelebt haben. Daher bitten wir dich: begleite du uns, den einen nach dem anderen und dann — wie es dir dein Gewissen sagen wird — gehe desselben Weges, damit das ganze Dorf oben zusammen ist, wie wir hier zusammen waren, oder . . . . . wie du es willst!"

Das Dorf ist leer. Die Sonne versengte jedwedes Leben. Selbst die Bienenkörbe stehen leer. Schwarm um Schwarm verschwanden die Bienen. Mäuse gibt es gar keine mehr. In einer Hütte zeigte man mir einen Haufen zusammengekehrter Küchenschwaben. Der Hunger legte auf alles Lebendige seine tötende Tatze.

Es wird schließlich auch mir unheimlich in diesem schrecklichen Dorfe, und ich ertappe mich bei dem keine Ruhe gebenden Gedanken: Fliehen, fliehen . . . . .

Man gibt uns den Wagen. Wir setzen uns. Ringsum stehen schweigend die Bauern. Auch wir schweigen. Als der Fuhrmann schon die Peitsche hebt, sagt jemand zum letztenmal, gewiß rein automatisch:

„Schneller dann — mit der Hilfe . . . dort . . . ."

Wieder die versengte, verdorrte Steppe! Das Dorf blieb zurück, wie ein Friedhof, in dem soeben ein lieber Mensch, den man nie mehr erblicken wird, begraben wurde. In den Sinn kommt mir fortwährend das unvergeßliche Bild des mit Gras vollgestopften Nikolka auf den Zündholzfüßen; man hört den Seufzer:

„Wird man uns helfen? . . . ."

Und es ist, als ob ein verzweifelter Schrei sich der Brust entringen wollte:

„Eilet zu Hilfe!"

Aus dem Waldenburger Revier.

Bergarbeiter vor dem Schwurgericht.

Ein Klassenurteil.

(Fortsetzung und Schluß.)

Kamerad Welzel betont, daß die Anklageschrift in der gehässigsten Form von „kommunistischen Terroristen" schreibe. Demgegenüber stellt er fest, daß die Maidemonstration den gerechten Forderungen der Bergleute gegen die Provokation der Grubenleitung Nachdruck verliehen habe. Weil die Massen in ihrer gerechten Entrüstung bereit waren, mit den schärfsten Mitteln diese Provokation zu beantworten, was man wohl verstehen könne, haben Stejskal, Kuppa (nicht Kupper, wie irrtümlich im ersten Bericht geschrieben wurde) und er versucht, die Demonstration in annehmbare Bahnen zu lenken. Aus diesem Grunde seien sie auf der Anklagebank. Lehrhauer Heidenreich hat weiter nichts getan, als die rote Fahne getragen.

Die Bergarbeiter Mangold und Roßner, die den Eindruck von gequälten, getretenen Proletariern machen, die in noch nicht klarer Erkenntnis den Umzug mitgemacht haben, bestreiten, sich durch Gewalttätigkeiten gegenüber der geheiligten Person des Direktors Bennighof schuldig gemacht zu haben.

Es folgt die Vernehmung von über fünfzig Zeugen, die der Staatsanwalt geladen hat. Vom Direktor Bennighof angefangen, über die Ober- und Hilfssteiger hinweg, bis zu den aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Aufsehern zeugen sie als getreue Knechte der Grubenbarone die angeblichen Gewalttaten und Bedrohungen, ihrem feigen Herz Luft machend, gegen die die Freiheit der Bergleute vertretenden Angeklagten.

Der Direktor muß zugeben, daß die Fahne nach der Revolution an jedem 1. Mai gehißt wurde. Damals habe man der revolutionären Stimmung nachgeben müssen. Dieses Jahre habe der Hakenverein sich wieder auf seine frühere (scharfmacherische! D. Red.) Haltung besonnen und das Hissen verboten.

Der Gewerkschaftssekretär Deßler erklärt auf die Frage des Vorsitzenden, wieso Stejskal als junger Mensch zu der führenden Rolle komme, daß die Tausenden jungen Schlepper, die im jugendlichen Alter schuften müssen für das Grubenkapital, auch das Recht haben, einen ihresgleichen als Wortführer zu haben. Kuppa und Stejskal haben aber versucht, die Verhandlungen in geordnete Bahnen zu lenken.

Fahrsteiger Kinner und Portier Gärtner geben ihrer Entrüstung Ausdruck, daß die zur Demut und zur Ausbeutung geschaffenen Arbeiter es gewagt haben, gegen ihre Vorgesetzten in so „ungezogener" Weise vorgegangen sind.

Ein Fiasko erlebt der Staatsanwalt mit seinen als Belastungszeugen in großer Zahl aufmarschierten Bergschülern. Diese jungen Burschen, die mit Hilfe des Geldsacks ihrer Eltern, Vorgesetzte der Bergleute werden sollen, hatten vor dem Untersuchungsrichter die belastendsten Aussagen gemacht, klappten aber in der Hauptverhandlung kläglich zusammen. Ein typisches Zeichen für die „unvoreingenommene Beweisführung" der Anklagebehörde.

Als Zeuge wird u. a. ein junger Schlepper aus der Strafhaft vorgeführt, der von der berüchtigten Waldenburger Strafkammer 2 Jahre Gefängnis erhalten hat, weil er gesagt hat: Der Direktor solle Handschuhe anziehen, wenn ihm die Fahne zu dreckig sei. Die Anklage und die Beweisaufnahme, besonders die parteiliche Geschäftsführung des Vorsitzenden, ging nicht ein auf die Gefühle der Arbeiter, sondern sollte lediglich die gesunkene Autorität der Vorgesetzten und des geheiligten Eigentums wieder herstellen.

Dies ergab sich besonders aus dem Plaidoyer des Staatsanwalts, der als besonders gefährlich hinstellte, daß K. die Sozialisierung des Bergbaus gefordert habe. Er machte auf die dornenvolle Tätigkeit der Gewerkschaftsleiter aufmerksam und verlangte selbst gegen den Fahnenträger eine schwere Strafe. Gegen den wahnsinnigen Terror und die Bedrohung der Ruhe auf den Bergwerken müsse mit den schärfsten Mitteln Front gemacht werden. Es sei eine Feigheit und Brutalität (!), wenn eine riesige Menge den Direktor und die Beamten zwinge, die Fahne zu tragen. (Als ob es nicht feige und brutal ist, die Bergleute in der gemeinsten Weise auszubeuten.) Der Staatsanwalt beantragte die schwersten Strafen, konnte aber nicht umhin, anzuerkennen, daß die Angeklagten nicht auf eignen Vorteil bedacht, ehrenrührig gehandelt haben.

Rechtsanwalt Landsberg weist darauf hin, daß das Verhalten der Bergverwaltung gegen die rote Fahne, das Symbol der Arbeiter, direkt zu den Vorgängen auf den Südwesternschächten geführt habe. Zu was die wiedereinsetzende Reaktion führt, beweist am besten der Vorfall in Schweidnitz, wo selbst die sicher nicht revolutionär gesinnte Sipo sich weigert, den Anordnungen reaktionärer Elemente zu folgen. Angesichts der Vorgänge in Oberschlesien und unter Eingehung auf die Psychologie der Arbeiter müßten die Geschworenen zur Freisprechung kommen. Insbesondere sei die Jugend und die Intelligenz des Angeklagten Stejskal nicht strafverschärfend, sondern strafmildernd. Er habe besonders gegen die Einheit der Bergproletarier abgestochen.

Rechtsanwalt Simon beim, daß tausende Bergleute auf den Spruch der Geschworenen schauen, daß sie es nicht verstehen können, daß ihre Kameraden verurteilt werden. Er fordert die Geschworenen auf, sich für eine kurze Zeit frei zu machen von ihren Vorurteilen gegenüber der Arbeiterschaft, sonst bestätigen sie, daß die Klassenjustiz in der Tat vorhanden ist. Nach Artikel 123 der neuen Verfassung könne jederzeit eine Demonstration vorgenommen werden. Er weist auf die widersprechenden Aussagen der verschiedenen Zeugen hin und beimt, daß nach den Ausführungen des Staatsanwalts die ganze Belegschaft, die an den Umzug teilgenommen, sich strafbar gemacht habe. Dann könne man ja gleich eine Mauer um den Schacht aufführen, damit sie alle im Gefängnis sind. Die Angeklagten seien schuldlos. Nicht sie, sondern die Verwaltung und große Kreise, die den modernen Geist nicht erfassen können, seien die wahren Schuldigen.

Nochmals der Staatsanwalt noch einmal die Ehre der Unternehmer verteidigt und die Angeklagten einige Worte an die Geschworenen richteten, belehrte der Vorsitzende diese über die Rechtslage. Er hob besonders hervor, daß kein Gericht auf die Wünsche und die Stimmung der Masse zu hören habe, sondern daß die Geschworenen nach ihrem Gewissen (!) zu urteilen haben. Die Geschworenen urteilten nach ihrem „Gewissen". Mit der Miene ehrenhafter Männer verkündeten diese vollgefressenen Bourgeois und pietistischen Kleinbürger ihr Urteil. **Ein Urteil, das allem Volksempfinden Hohn spricht.**

Die Angeklagten Stejskal und Kuppe werden schuldig befunden des schweren Landfriedensbruchs als Rädelsführer. Die anderen Angeklagten des schweren Landfriedensbruchs ohne die Eigenschaft als Rädelsführer. Bei Mangold wird die Frage, Gewalttätigkeiten begangen zu haben, bejaht. Der Staatsanwalt beantragt gegen Stejskal 2 Jahre, gegen Kuppa 2 Jahre, Welzel 1 Jahr, Heidenreich 4 Monate, Mangold 1 Jahr 8 Monate, Roßner 5 Monate Gefängnis.

Das Urteil.

Das Gericht als Sachwalter des geheiligten Eigentums, der Ehre der Ausbeuter, als weltfremder Körper im Volksganzen verkünder folgendes Urteil:

Stejskal 1 Jahr Gefängnis.
Kuppa 1 Jahr 4 Monate Gefängnis.
Welzel 7 Monate Gefängnis.
Heidenreich 4 Monate Gefängnis.
Mangold 1 Jahr 2 Monate Gefängnis.
Roßner 4 Monate Gefängnis.

Allen Angeklagten wird die Untersuchungshaft voll (3 Monate) angerechnet. Heidenreichs Strafe als durch die Haft verbüßt erklärt. Welzel und Roßner werden entlassen und erhalten bedingte Begnadigung auf 3 Jahre.

Die Kameraden Kuppa und Stejskal gehen aufrecht als wahre Proletarier in den Kerker. Die Arbeiterschaft des Waldenburger Reviers hat nicht nur die Aufgabe, die Familien der Verurteilten mit allen Mitteln zu unterstützen; die Bergleute müssen aus diesem Klassenurteil die Lehre ziehen, daß nur schärfster Kampf gegen das Gesamtbürgertum sie endlich freimacht. Die Geschworenen haben bewiesen, daß sie Totfeinde sind des Proletariats. Beweisen wir ihnen, daß wir ebenso unerbittlich die ihren sind, und wir fürchten nicht Kerker und Not.

Eine sozialdemokratische Unterschlagung.

Der „Grenzbote" und das „Gottesberger Tageblatt" berichten von einer polizeilichen Ermittelung gegen einen Kolporteur Schmidt, der in seiner Eigenschaft als Verbandskassierer 13 000 Mark Beitragsgelder unterschlagen hat. Diese sozialdemokratische Ordnungsfäule hat das Geld für sich verbraucht und hat dann einen Raubüberfall auf seine Ehefrau in Szene gesetzt. Der halbamtliche Bericht sagt folgendes:

Wüstegiersdorf, 7. Oktober. Dem „Grenzboten" wird geschrieben: In der Angelegenheit des in der letzten Sonnabend-Nummer gemeldeten Raubanfalls der Frau Kolporteur Schmidt von hier, oberhalb des oberen Bahnviaduktes in Handbort, haben die angestellten polizeilichen Ermittelungen ergeben, daß es sich hier nur um eine fingierte Beraubung handelt. Sch., welcher für die Stelle des sozialdemokratischen Vertrauensmannes bekleidet, auch Kassierer verschiedener Organisationen, darunter des Textilarbeiterverbandes ist, hat den Vorfall nur ersonnen, um dadurch einen in seinen Kassen vorhandenen erheblichen Fehlbetrag zu verdecken und hat seine Frau, welche ihn bei seiner Tätigkeit unterstützte, zur Verübung des berichteten Raubanfalls veranlaßt. Der Umstand, daß der Vorfall in bebeder Gegend und noch dazu am hellen Tage unter verschiedenen unwahrscheinlichen Nebenumständen sich zugetragen haben sollte, ließen gleich zu Anfang bei vielen die Sache nicht recht glaubhaft erscheinen, welche Annahme nur zu berechtigt war. Bei Prüfung der Kassen stellte es sich nun heraus, daß sich Sch. leider hat verleiten lassen, von deren Beständen nach und nach für sich zu entnehmen, was dann einen solchen Umfang annahm, daß er diese Entnahmen nicht mehr decken konnte, denn eine vorgenommene Aufrechnung der Kassen ergab den ansehnlichen Fehlbetrag von über 13 000 Mark, wobei hauptsächlich die Kasse der Textilarbeiterorganisationen in Mitleidenschaft gezogen ist. Da die Angelegenheit von dem Ehepaar Sch. selbst als Raubanfall zur Anzeige gelangt ist und somit eine polizeiliche Untersuchung im Gange ist, wird natürlich auch noch eine strafrechtliche Verfolgung der Angelegenheit die Folge sein.

Wir wünschen der SPD. kein weiteres derartiges Malheur, weil auch wir an solchen Dingen, wo die Arbeiter geschädigt sind, keine Freude haben. Obwohl wir noch ½ Dutzend solcher Fälle anführen können, nehmen wir Abstand davon, weil wir nicht, wie die „Bergwacht" es zu tun beliebt, für solche Sachen eine ganze Partei verantwortlich machen wollen.

Die „Bergwacht" beliebt ja besonders auffallende Ueberschriften wie: „Kommunistische Bankräuber verurteilt", und dergleichen. Bei der Angelegenheit der Berliner Unterstützungskommision hat sie von einem „Riesenbetrug an der Berliner Arbeiterschaft" geschrieben, obwohl sie wußte, daß diese Sache von dem ehemaligen Volksbeauftragten Emil Barth, der zweimal vom Gericht auf Grund § 51 als geistesgestört und nicht zurechnungsfähig hingestellt wurde, ausging. Obwohl sich diese Sache als gemeiner Schwindel herausgestellt hat, hat es die „Bergwacht" und ihre „ehrenhaften" Redakteure noch nicht für angebracht gehalten, ihre Lügen zu widerrufen.

Schon Bebel hat gesagt: „Seht Euren Redakteuren auf die Finger". Also, Ihr lieben Freunde in der Sandstraße, entweder Ihr stellt Eure verleumderische Kampfesweise ein, oder wird sind gezwungen, den Deckel von Eurem Hafen zu lüpfen, und auf einen Schelmen eineinhalben zu setzen.

Dittersbach. Am 9. Oktober fand unsere Mitgliederversammlung statt. Genosse Melzer-Breslau hielt einleitend einen Vortrag über die politische und wirtschaftliche Lage, der großen Anklang fand. Erfreulich ist, daß die Frauen unserer Mitglieder in immer größerer Zahl bei der Versammlung erscheinen. Der Kassierer Gen. Ischienn gab dann den Kassenbericht vom 3. Quartal, der mit einem Kassenbestand von 425,35 Mark für das nächste Quartal abschloß. Von den Revisoren für richtig befunden, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Delegierter zum Bezirksparteitag wurde Gen. Schulz einstimmig gewählt. In lebhafter Diskussion wurde er mit den sich aus der Aussprache ergebenden Wünschen betraut. Bezüglich der Rußlandhilfe wurde beschlossen, wieder seine Pflicht zu tun. Ein Antrag des Gen. A. Rother, der besagte, daß jeder Genosse einen bestimmten Betrag abliefern solle, zog selbiger nach der stattgefundenen Aussprache wieder zurück. Die Genossen waren dafür, daß jeder gibt, soviel in seinen Kräften steht. Als Ablieferungstag wurde der 16. Oktober bestimmt. Den Zehnerführern geben die Marken rechtzeitig zu. Da die Bezirksleitung beabsichtigt, demnächst eine Werbewoche für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" zu veranstalten, wurden die Genossen aufgefordert, sich recht rege daran für unseren Ort zu beteiligen. Es wurde ferner beschlossen, die nächste in 4 Wochen fällige Mitgliederversammlung etwas kürzer zu halten und dafür wird dann noch ein geselliges Zusammensein stattfinden. Ein paar Genossen haben es übernommen, für etwas musikalische Unterhaltung Sorge zu tragen.

Vor der kommunistischen Vereinigung in der Tschechoslowakei.

Das revolutionäre Proletariat der Tschechoslowakei steht vor einem großen, entscheidenden Schritt: Ende Oktober wird der gemeinsame Parteitag zusammentreten, der die tschechische Kommunistische Partei, zu der auch die slowakischen, magyarischen, deutschen und ruthenischen Kommunisten der Slowakei und Karpathenrußlands gehören, die deutsche und zuletzt gegründete polnische Kommunistische Partei dieses Staates zu einer einzigen, einheitlichen kommunistischen Partei zusammenfassen soll.

Diese Verschmelzung wird für die Arbeiterbewegung dieses Staates von großer Bedeutung sein. In den Hauptländern des Staates, die zu Oesterreich gehörten, gab es eigentlich noch niemals eine wirklich internationale einheitliche Arbeiterpartei. Die österreichische Sozialdemokratie war tatsächlich immer national gespalten. Im Jahre 1897 kam auch die formelle Spaltung in national getrennte Parteien mit einem gemeinsamen Parteivorstande, der aber nicht über den nationalen Parteien stand, sondern ihnen untergeordnet war und nie eine ernste, kraftvolle Einheit darstellte. Auch die gemeinschaftlichen internationalen Parteitage spielten nicht die entscheidende Rolle. Die Grundlage der ganzen Organisation der Gesamtpartei war die Autonomie der einzelnen nationalen Parteien, die auch immer geflissentlich betont wurde, um den Vorwürfen der bürgerlich-nationalen Parteien, denen die österreichische Sozialdemokratie immer noch zu international schien, zu begegnen. Im Jahre 1905 hielt der internationale Separatismus auch in den Gewerkschaften seinen Einzug. Binnen fünf Jahren hatte er vollständig gesiegt und auch die letzten Reste des „Ueberbaues" der internationalen Gesamtpartei in die Luft gesprengt. Seither war das Proletariat der Tschechoslowakei national zerrissen. Die Hochflut des Sozialpatriotismus und Nationalismus, der die sozialdemokratischen Parteien im Kriege und nach seiner Beendigung erlagen, erweiterte diese Kluft. Die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten in der tschechoslowakischen Republik sind heute national mehr als je voneinander geschieden.

Auch in den sozialdemokratischen Parteien wurde über die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses seit der Gründung dieses Staates viel gesprochen, aber es wurde kein ernster Schritt getan. Schon die kommunistisch orientierte Linke machte die ersten Annäherungsversuche. Aber erst die Spaltung der beiden sozialdemokratischen Parteien machte die Bahn zum internationalen Zusammenschluß frei. Nun ging es rasch vorwärts. Der Gedanke des Zusammenschlusses ergriff die Massen. Ohne Anregung oder gar Beschluß der Parteivorstände, aus eigener Initiative und dem stürmischen Verlangen der Massen Rechnung tragend, schlossen sich die kommunistischen Organisationen in vielen Orten, Bezirken und Kreisen zusammen. Die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe ließ die Massen besser als alle Aufklärungsarbeit dem internationalen Zusammenschluß entgegenreifen. Und als wir vom Dritten Weltkongreß heimkamen, sahen wir die Einigungsarbeit schon im Gange. Der Beschluß des Moskauer Kongresses war im Laufe seiner Verhandlungen schon der Ausbruch der unmittelbaren Notwendigkeit geworden und wurde in den Massen schon wie etwas Selbstverständliches aufgenommen.

Die Arbeit, die diese Verschmelzung erfordert, ist riesengroß, und wir alle, die daran mitarbeiten, sind uns auch der Schwierigkeiten bewußt, die sie uns bereitet und die auch der neuen einheitlichen Partei bevorstehen. Zu groß und zu alt sind die ökonomischen und nationalen Verschiedenheiten, zu verschieden war der Weg, auf dem die Proletarier der einzelnen Nationen zum Kommunismus, zur 3. Internationale kamen, und viel zu tief eingewurzelt sind noch sozialdemokratische Vorurteile, als daß die Verschmelzung und der Aufbau der neuen einheitlichen Partei so glatt vor sich gehen könnten. Aber die wenigen Wochen, die wir jetzt gemeinsam arbeiten und gemeinsam in Konferenzen, Versammlungen und Beratungen den Schwierigkeiten unmittelbar ins Auge blicken, haben uns auch gezeigt, daß im Proletariat aller Nationen die Kräfte vorhanden sind, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

In Moskau wurde über die Frage diskutiert, ob die Verschmelzung zu einer einheitlichen, zentralisierten Partei erfolgen soll, oder ob eine gewisse nationale Sektionierung mit einem gemeinsamen „Ueberbau" besser wäre, zunächst als Uebergang. Der Kongreß kam zu dem Entschluß, daß auch für die Tschechoslowakei gelten müsse, was der Zweite Weltkongreß für alle Staaten festgelegt hat: daß es nur eine einheitliche, zentralisierte Partei geben dürfe. Der Beschluß des Kongresses, daß in der einheitlichen Partei kein Raum für nationale Absonderung bleiben dürfe, wurde in allen Organisationen mit Zustimmung aufgenommen, und es erhob sich kein Widerspruch. Die paritätische Kommission, bestehend aus drei deutschen und drei tschechischen Genossen, hat ein Organisationsstatut ausgearbeitet, das in manchen Punkten nicht ideal ist, weil eben mit manchen alten sozialdemokratischen Zopfresten nicht so rasch aufgeräumt werden kann. Aber in bezug auf den geschlossenen, einheitlichen internationalen Charakter der Partei entspricht es allen Anforderungen, es ist darin den nationalen separatistischen Tendenzen nicht die geringste Konzession gemacht worden. Das Organisationsstatut ist rechtzeitig, schon vor Wochen, veröffentlicht worden, und es sind viele Abänderungsanträge, und nicht durchwegs gute, eingelaufen, aber es liegt kein einziger Antrag vor, der an dem internationalen Charakter der Partei rühren würde, keiner einzigen Organisation ist es eingefallen, auch nur ein Stückchen nationaler Autonomie, nationaler Sektionierung oder gar einen bloßen internationalen „Ueberbau" auf solcher Grundlage zu verlangen.

Breslauer Nachrichten.

Die Breslauer Folterkammer.

Prügel, Wassersuppe und Hungerstreik.

Stumm, wenig beachtet von der Außenwelt, spielt sich hinter den hohen Mauern des Breslauer Untersuchungsgefängnisses die Tragödie ab, die nach der Märzaktion anhob. Ueber 100 Kommunisten hat die Breslauer Polizeibande in ganz Schlesien zusammengetrieben und in der berüchtigten „Graupe“, dem Untersuchungsgefängnis in der Graupenstraße, eingepfercht. Aus dem Bett hat man sie nachts geholt, auf der Straße festgenommen oder durch Spitzel in die Falle gelockt. 94 von den Hundert mußten entlassen werden, weil selbst die feinsten Künste des Herrn Staatsanwalts, des Herrn Untersuchungsrichters, des Herrn Oberreichsanwalts, nicht vermochten sie zuchthausfähig zu machen.

6 weitere sitzen noch. Sitzen seit Monaten. Sechs brave und tapfere kommunistische Arbeiter sitzen weiter in den verschwiegenen, gutverschlossenen Zellen der „Graupe“, aus der kein unbequemer Laut nach außen dringt, um den deutschen Arbeitern zu sagen was dort vorgeht. Sie sitzen bei Maisgries und Schleimsuppe — Tag für Tag Maisgries und Schleimsuppe und Wasser. Niemals Fleisch, niemals Fett. Sie sind krank vor Hunger. Sie haben Durchfall und Erbrechen von der Schandkost, die der republikanische Gefängnisdirektor ihnen vorsetzt. 25 Minuten täglich sollen sie an die frische Luft kommen, nach dem Gesetz — wenn sie nicht im Arrest stecken. Und sie stecken Woche für Woche im Arrest. Das ist eintönig.

O nein! Das ist nicht eintönig! Es gibt Abwechslungen. Es gibt Prügel. Es gibt Disziplinarstrafe auf Disziplinarstrafe. Es gibt Schikane auf Schikane.

Sechs ehrliche und brave Kommunisten sitzen dort und werden „mürbe gemacht“. Was sollen sie tun? Briefe, in denen sie ihre Lage schildern, werden beschlagnahmt. Gespräche — soweit nicht Besuchssperre verhängt ist — werden überwacht, sogar Gespräche mit ihrem Rechtsanwalt. Kein Mensch hört sie. Ihre Arbeitsbrüder, ihre Klassengenossen wissen nicht, was mit ihnen geschieht. Der Herr Strafanstaltsdirektor Langer, der „Menschenschinder“, wie man ihn in den Zellen nennt, weiß klüglich zu verhindern, daß ein unberufener Laut hinausdringt.

So haben sie zum Letzten gegriffen. Ihre Beschwerden wurde in den Papierkorb geworfen, ihr Schrei um Hilfe an die Proletarier draußen wurde totgeschwiegen: von morgen früh ab treten sie in den Hungerstreik.

„Bis zu ihrer Freilassung oder bis zu unserm physischen Zusammenbruch werden wir keine Nahrung zu uns nehmen.“

heißt es in ihrem Schreiben. Keine Phrase sondern ein nüchterner und bitter ernster Entschluß sechs gequälter Menschen.

Wozu soviel Lärm um sechs Leute? Wird der Bourgeois fragen. Die Arbeiter werden nicht so fragen. Die deutschen Arbeiter müssen und werden sehen, daß diese Sechs Fleisch von ihrem Fleisch sind, daß die Breslauer Folterkammer über Nacht ihre eigene Folterkammer werden kann. Sie werden diese sechs Brüder, gegen die die feinsten Spürnasen der Klassenjustiz in Monaten emsigster Arbeit keinen Verurteilungsgrund finden konnten, vor dem Hungertode schützen.

Nieder mit der schlesischen Gefängnisschande! Heraus mit den Gefangenen von Breslau! Heraus mit allen politischen Gefangenen!

Ein Geheimbüro der Orgesch in Breslau.

Mord-Förster und Lockspitzel-Lyß als Kompagnons.

In der Kaiser-Wilhelm-Straße 43, 1. und 2. Etage, ist seit drei oder vier Tagen eine neue Claaßenstraße, aber in etwas vergrößertem Maßstabe, entstanden. Die sogenannte Selbstschutzorganisation (lies Orgesch) hat in diesem Hause die erste und zweite Etage gemietet und hier in allen Räumen sofort eine fieberhafte Tätigkeit entwickelt.

Wir beschränken uns heute darauf, nur einige interessante Einzelheiten aus dieser Organisation unseren Lesern zum besten zu geben und werden gelegentlich darauf, vor allen Dingen auf die Arbeit dieser Leute, zurückkommen.

In der Claaßenstraße befindet sich nach wie vor das Büro des Oberleutnants Förster, der weiterhin für alle möglichen Stellen Spitzeldienste tut. Bei ihm aus- und eingeht **der bekannte Herr Kriminalkommissar Lyß, der nicht nach Stettin gegangen, sondern jetzt in aller Oeffentlichkeit mit dem Mordkommissar Förster zusammenarbeitet.** Ja, Herr Förster speist sogar mit diesem Herrn zusammen im Haaseausschank. Herr Förster hat nun, nachdem die eigentliche Zentrale sicherheitshalber ihre Büros nach der Kaiser-Wilhelm-Straße verlegt hat, Zuwachs bekommen, indem der ebenfalls bekannte Hauptmann Duppe mit seinen Leuten aus der Klosterstraße, wo er bis vor kurzem seine Büros hatte, nach der Claaßenstraße zog, mit ihm natürlich seine „Spepo“-Leute, auf Deutsch heißt dies nämlich „Spezialpolizei“.

Was diese Leute besonders in der eigentlichen Zentrale arbeiten, erhellt eine Aufstellung, die uns zugegangen ist, und aus der manches zu lesen ist. Außerordentlich wichtig scheint uns die Abteilung des Oberleutnants Eberle zu sein. Die Abteilung „Beschaffung“, was da beschafft wird, wissen wir, man braucht ja nur nach der Herner Straße zu gehen, um zu wissen, was da los ist. Dort werden nicht nur Panzerautos repariert, sondern auch die Waffen, die man ja so nötig braucht, um einen „Polen“aufstand erfolgreich niederzuschlagen. Das Kind braucht ja nun auch einen anderen Namen, deshalb hat man die Gesellschaft in der Kaiser-Wilhelm-Straße stolz „Ifo“ genannt, das soll heißen „Interessenvertretung für Oberschlesien“. Die Oberschlesier werden selber wissen, wohin sie sich zu wenden haben, um ihre „Interessen richtig vertreten zu lassen, und pfeifen auf die „Ifo“, die ja nur eine Schwester der Orgesch ist, denn wozu hat wohl die Ifo eine Nebenstelle, genannt: „Stelle Wilde“? Die Stelle Wilde ist die Organisation Escherich, die ihr Büro in der Kirschallee 36 hat und deren Unterleiter der bekannte Leutnant Wilde ist.

Wir werden in den nächsten Tagen mit noch näheren Einzelheiten über die famose Gesellschaft „Ifo“ dienen.

Das Gesetz.

Der Bildungsausschuß der Breslauer Arbeiterschaft führt zurzeit im Gewerkschaftshaus eine Tragödie von Bader auf, die stark an Schönherrs „Glaube und Heimat“ erinnert. Bader findet nicht die schönen, feinen Worte, die Schönherr zur Verfügung hat, aber das „Gesetz“ spricht zu uns, weil es ein Stück aus unserem Arbeiterleben ist. Es schildert den Kampf der Arbeiterschaft mit der Reaktion während des Sozialistengesetzes. Die Sprache und die Handlung ist von der ersten bis zur letzten Minute spannend. Bei besonders packenden Stellen brach ein stürmischer Beifall bei offener Szene los. Besonders im zweiten Akt, wo man die alte Mutter zwingen will, gegen ihr eigen Fleisch und Blut auszusagen und wo sie treuherzig sagt: eine Mutter flucht so einem Gesetz und wenn ich eingesperrt werde bis ans Ende meiner Tage. Ebenso im letzten Akt, wo der Schutzmann, der besonders stramm seinen Dienst gegen die verhaßten Umstürzler wahrnimmt, die Plembe wegwirft, dem Inspektor den Stock ins Gesicht wirft und die befreienden Worte ausspricht: als Maurer will ich hinfort mein freies Brot mir verdienen. Stürmischen Beifall löste die Stelle aus, wo der Bauer dem Arbeiter die Hand reicht und sagt, ich bin was mein Bruder ist. Aber den stärksten Eindruck machte es, als der eine Genosse, der feige, meuchlings von hinten von der für „Ordnung“ sorgenden Polizei gemordet wird, im Sterben seiner Braut zuruft: „Kämpfen, nicht flennen, Mädel!“ Für die SPD. hat dieses Stück historischen Wert, für sie ist es Vergangenheit, für uns Kommunisten, die wir das Erbe von Wilhelm Liebknecht, Singer, Bebel übernommen haben, ist es lebendige Gegenwart. Der Dichter, ein sozialdemokratischer Redakteur, hat ungewollt mit diesem Drama eine erschütternde Anklage gegen die heutigen sogenannten Sozialdemokraten geschrieben. So, wie man dort die Sozialdemokraten als Parias behandelt, wie man sie körperlich und seelisch quält und erbarmungslos hetzt, so geschieht es heute unter der Leitung der „sozialistischen“ Minister, mit den Kommunisten. An Stelle der monarchistischen Inspektoren senden diese heute ihre Achtgroschenjungens auf die kommunistischen Arbeiter. Wir denken an die Tausende von Genossen, die das Schandgesetz des „Genossen“ Ebert zur Strecke gebracht hat, und uns überkommt der Zorn. Aber auch für uns gilt es, nicht klagen, sondern kämpfen. Einmal wird und muß die große Stunde der Abrechnung kommen, wo wir richten werden. Wir empfehlen allen Arbeitern, sich dieses Stück anzusehen, um sich selbst Mut zu geben für weiteren Kampf, um aber auch zu erkennen den Unterschied der sozialdemokratischen Bewegung von einst und jetzt.

Euer täglich Brot

Arbeiter, ist enorm verteuert worden. Schnallt den Hungerriemen enger, denn ihr könnt die hohen Preise nicht bezahlen. — Die teilweise Freigabe der Getreidewirtschaft war eine Liebesgabe der Reichsregierung an die Agrarier.

Die Folge ist die unerschwingliche Steigerung der Brotpreise.

Die gegenwärtige Regierung wird gebildet aus bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Diese Parteien tragen auch die Verantwortung für die Teuerungswelle

Mit der Verelendung soll nun die kapitalistische Wirtschaft wieder aufgerichtet werden.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Hämmert diese Erkenntnis in die Gehirne eurer Leidensgenossen! Schafft die unwiderstehliche, kampfbereite Armee der Millionen Entrechteter und Unterdrückter!

Es geht um eure Existenz!

Die Partei des revolutionären Proletariats, die Kommunistische Partei wird an eurer Seite stehen!

Aus der Provinz.

Notschrei aus der Tiefe.

Unser Remscheider Bruderblatt, die „Bergische Volksstimme“, veröffentlicht folgenden Brief einer Genossin:

Werte Genossen! Wo das enden soll, das weiß ich nicht. Und meine Nachbarn und Nachbarinnen, die wissen es erst recht nicht.

Ich bitte Sie, sechs hungrige Mäuler, ich und mein Mann

Die Mauern.

Von Martin Andersen Nexö.

Er hatte sich recht gut in der eigentlichen Stadt ansiedeln können, hätte eine Werkstatt mit Gesellen und Lehrlingen und einen kleinen Laden mit Fabrikschuhwaren haben können — dem hätte nichts im Wege gestanden. Er war tüchtig in seinem Fach, und einige hundert Kronen, die Geschichte in Gang zu setzen, waren wohl aufzutreiben gewesen. Schlimmstenfalls etablierte einen der Fabrikant, wofür man sich ihm mit Haut und Haar verkaufte.

Aber Blank liebte es nicht, sich irgend jemandem oder irgendeiner Sache zu verkaufen. Er liebte die Freiheit, darum ließ er sich am Rande der Stadt nieder, in einem jener Häuser mit zwei Etagen und einer Dachwohnung, dort, wo der Uebergang von den Feldern zur Großstadt sich allmählich vollzieht.

Von seinem hochgelegenen Keller aus hatte er bei der Arbeit das Ganze vor Augen: zunächst einige trostlose Lehmklumpen, dann Weiden, von denen es bei Nebel herabtropfte und den zerzausten Vögeln Obdach boten, und weiter draußen Felder, auf denen richtiges Getreide wuchs. Noch weiter draußen, das wußte er, waren prächtige Wälder mit Seen und mit Blumen auf dem Grunde. Aber Blank war kein Schwärmer, und dies hier war ja das Eigentliche — das Land.

„Herrgott, ist das alles?“ sagten die Kameraden, wenn er sie mit nach Hause nahm, damit sie sehen sollten, wie großartig er wohne. Das verdroß ihn. Verteidigen konnte er seine Herrlichkeit nicht; nicht durch den Verstand, sondern durch Herz und Atem ward ihm ja seine Freude zuteil. Aber ein andermal ging er den Menschen aus dem Wege, und er behielt seine Welt für sich; wenn die anderen nur darauf ausgingen, ihm das Beste zu nehmen, dann konnte er sie entbehren.

Nach und nach fügte es sich so, daß er mit niemand verkehrte. In ihm war ein Mißtrauen erwacht, und an dem hielt er fest, wie um seinen Besitz zu schützen. Wenn Leute ihm Arbeit brachten und anfingen, davon zu reden, wie frei er wohne, so antwortete er nicht darauf, sondern blieb bei der Sache — und suchte sie möglichst schnell abzufertigen. Ueber das rein Geschäftliche hinaus hatte er mit den Menschen nichts zu bereden; jede allgemeine Unterhaltung würde ja früher oder später auf den Punkt führen, der sein Geheimnis war. Eine wandernde Unruhe setzte sich in seinem Blick fest, wenn er anderen gegenüberstand; und er richtete — in etwas auffallender Weise — seine Werkstatt so ein, daß es den Leuten unmöglich gemacht wurde, ans Fenster zu gelangen.

Sobald er allein war, befiel ihn tiefer Friede; einsam fühlte er sich nie. Das Bewußtsein, das Eigentliche errungen zu haben, erfüllte ihn ganz; es war, wie es sein sollte. Er grübelte nicht, aber sein Gemüt empfing seltsam bunte Eindrücke von dem Wolkenhimmel, wo in unendlicher Abwechslung der Weltraum vorüberzog. Und die Sonne selbst umfaßte das Ganze wie Gottes übergewaltiges Herz.

Während des größten Teils des Jahres standen seine Fenster offen; und wenn die Sonne schien, strich sein Pfeifen, flimmernd gleichsam, über die geborstene Lehmkruste hin. Er pfiff wie ein Halbverrückter, wie im Rausch — schraubte sich zu ohrenbetäubendem Jubel hinauf wie ein Stubenvogel, der in den Sonnenschein an der Mauer gehängt ist.

Dann kam ein Herbst, wo man begann, unmittelbar vor seinen Fenstern die Erde auszuschachten. Blank guckte den Leuten von seiner Wohnung aus neugierig zu; er hatte sich wie ein Vogel eingerichtet, und es lag auch etwas Vogelähnliches in der Art, wie er den Hals vorstreckte und die Arbeit draußen betrachtete. Irgendwelche Unruhe empfand er nicht; das da war etwas, das in der Landschaft vorging; sie kehrte neue Seiten nach außen — alles ihm zur Freude.

Im Winter erlebte er das Gaudium, zu sehen, wie die Jugend des Viertels sich auf der gefrorenen Erde des Schachtplatzes herumtummelte; und im Frühjahr kamen Handwerker und begannen zu bauen. Das war gar lustig anzusehen; denn hier saß Blank allein mit dem Seinen von früh bis spät; in die Arbeit, die er unter den Händen hatte, sollte ihm kein anderer hineinpfuschen! Und draußen war ein Gekrieche wie in einem Ameisenhaufen. Daß aus der Arbeit so vieler Hände etwas Ganzes werden konnte — das wunderte ihn am allermeisten.

Aber das Werk draußen wuchs von Tag zu Tag und kehrte ihm zwei, drei Meter entfernt eine nackte Brandmauer zu. Das Land wurde versperrt; eines Tages verschwand der letzte Weidenwipfel, und er fragte sich erstaunt, wieviel vom Himmel sie denn wohl noch übriglassen würden.

Es war kein Klang in dieser Brandmauer, und Blank hörte auf zu singen; ab und zu pfiff er noch — um die Luft zu reinigen; aber allmählich, im Laufe der Jahre, nahm die einförmige graue Mauerfläche Farben von Feuchtigkeit und Schatten an, große Fliegen krochen darüber hin und belebten sie — emsige Asseln und zuweilen ein Tausendfüßler. Sobald Blank am Morgen aus dem Bett geklettert war, suchte sein Blick die Mauer; nach dem Charakter und Ton der Flecke konnte er beurteilen, wie der Tag werden würde. Einige Schritt nach links stand eine zweite, ebenso hohe Mauer mit drei galvanisierten Kehrichtkasten daneben; und wenn er halb aus dem Fenster hinausklettterte und sich auf den Rücken legte, dann konnte er gerade in den Himmel hinaufsehen.

Oft ließ sich das nicht machen, aber das war auch nicht notwendig. Weit drüben nach rechts hin ließen die Mauern einen schmalen Spalt frei, der alles in sich barg. Zuoberst den Himmel, dann ein paar Lindenzweige, die hinter den Mauermassen hervorkamen, einen drolligen, kleinen Ausschnitt aus der Landschaft auf Hochkant, und endlich ein Wegstückchen mit seinem unaufhörlichen Verkehr — quer über den Grund des Spalts hin. Von seinem Stuhl aus konnte er nichts davon sehen; aber wenn er ein Stück Spiegel auf das Fensterbrett stellte, dann hatte er das Ganze vor sich.

Mit diesem seinem Stückchen von Gottes freier Natur im Spiegel, richtete Blank sich ganz gemütlich ein. Er brauchte bloß das Gesicht von der Arbeit zu heben, um an alledem teilzuhaben: an Sonne, Regenwetter und Feldern; und als einige Jahre verstrichen waren, vergaß er ganz, daß jemals vor ihm etwas anderes gestanden hatte als die graue, fleckige Brandmauer.

Als er seinerzeit hier herausgezogen war, wohnte drüben an der Ecke des Weges ein armer Kolonialwarenhändler. Der war es, der jetzt baute und diesen Stadtteil ins Leben rief; jetzt war er beleibt und wohlgenährt und wurde Großhändler genannt. Schuhmacher Blank machte keinerlei Versuch, in die Einzelheiten der Entwicklung einzudringen. Er begriff bloß, daß dieser Großhändler es war, der das Land versperrte, und er brachte das in richtiger Weise in Beziehung zu der Beleibtheit des Mannes.

Er nahm die Dinge genau so, wie sie waren. Der Großhändler war ein recht braver Mann, ein umgänglicher Wirt, und er war freundlich zu den kleinen Leuten; am Sonntag lag er auf allen vieren auf dem Teppich seiner Stube und spielte mit seinen Kindern. Er hatte bloß den einen Fehler, daß er immer mehr anschwoll und dadurch die Aussicht wegnahm.

(Schluß folgt.)

dazu, sind acht, sie wollen jeden Tag essen und trinken und doch wenigstens auch rein und ganz gekleidet gehen.

Wissen Sie auch, was das bedeutet bei einem Wocheneinkommen von 270 M.? Ich glaube, daß Sie es wissen. Aber die anderen, die in Hülle und Fülle leben, die Samt und Seide tragen, die im Auto vorbeirasen und vor denen ich meine Kinder auf der Straße in Sicherheit bringen muß, damit man sie nicht unter den Gummireifen erdrückt, wissen sie es?

Genossen! Jetzt würgt mir die Wut im Halse, ich könnte dieses Geschmeiß zwischen meinen zehn Fingern erdrücken. Sie wissen nichts von unserer Not, sie wollen nichts davon wissen, sie machen sich sogar lustig über uns und nennen uns Pack.

Genossen! Ich habe lange gezögert, ehe ich mich mit diesem Briefe an Euch wandte, denn ich weiß, daß es bei Euch wichtigeres zu tun gibt. Heute aber müßt Ihr hören, was ich zu sagen habe, und ich bin es nicht allein, meine Nachbarn und Nachbarinnen, die Arbeiter und Arbeiterfrauen in unserer langen Straße, in ganz Remscheid, und ich glaube sogar, Euch selbst geht es an.

Dieses Leben ist unerträglich. Meine Kinder gehen in Lumpen; der Rock meines Mannes ist zerschlissen, es liegt nichts mehr in den Ecken, woraus ich den Kindern etwas zusammenschneidern könnte, unsere Wäsche sieht trostlos aus. Gestern bin ich durch die Alleestraße gegangen. Ich wußte, daß es nichts nutzte, ich konnte nichts kaufen, weil ich kein Geld habe. Aber ich wollte doch sehen, ob die Sachen noch nicht billiger geworden waren.

Genossen! Da habe ich vor einem mit Waren vollgepfropften Schaufenster gestanden und habe Luftschlösser gebaut. Ich sah meinen Mann und unseren Aeltesten im neuen Anzug und schnitt in Gedanken die Muster für Kleidchen und Hemden und Röcke. Wie es gekommen ist, weiß ich nicht, aber ich habe plötzlich mit der geballten Faust gegen dieses verdammte Schaufenster geschlagen und bin fortgerannt.

Ist es nicht ungeheurer Wahnsinn, daß dort die Waren auf Haufen liegen und ich mit meiner Familie halbnackt herumlaufe? Sagt mir doch, warum ich das Schaufenster nicht zertrümmert habe und mir nicht genommen habe, was ich brauchte? Ich glaubte, daß ich das Recht dazu habe. Genossen, glaubt Ihr, daß wir uns jemals wieder vernünftig kleiden können, wenn wir nicht diese Schaufenster zerschlagen und uns das nehmen, was uns zusteht?

Ihr sollt und müßt uns die Antwort geben, wir gehen unter in unserem Elend. Wir laufen nicht nur halbnackt herum, wir verhungern auch. Kohlen, Kartoffeln, Gemüse, alles wahnsinnig hohe Preise. Ich habe mir einen Kohlkopf gekauft, das Pfund zu 2,25 M., er kostete früher 7 bis 8 Pf. das Pfund. So ist es mit allem, was wir zum täglichen Leben bedürfen. Sollen wir so weiter leben, oder sollen wir nicht endlich den Kampf aufnehmen gegen diesen Wahnsinn, dem unsere Lebenskraft zum Opfer fällt?

Unser Jüngstes ist 15 Monate alt; es ist krank und zeigt gar keine Neigung zum Laufen. Eine gute Nachbarin hat mir gesagt, das sei die englische Krankheit und ich sollte dem Kinde nur tüchtig Milch und Eier geben. Es war meine gute Freundin; nun grüßt sie mich schon seit 14 Tagen nicht mehr, weil ich sie in meiner Verzweiflung hinausgeworfen habe. Nicht die englische, sondern die deutsche Krankheit hat mein Kind, und „Hunger" heißt diese Krankheit.

Meine Freundin hat mich nicht verhöhnen wollen, aber war es nicht ein ungeheurer Hohn, von mir zu verlangen, daß ich Eier, das Stück zu 2,50 M. und Milch, das Liter zu 4,— M., kaufen soll? Jetzt eben war der Briefträger da. Er hat mir ein Schreiben unseres Hauswirts gebracht, in welchem 20 Prozent Mieterhöhung angekündigt werden. Warum auch nicht. Saugt alles an uns, warum soll es der Hausbesitzer nicht tun? Hungern wir eben etwas mehr.

Ich habe einmal ein Buch gelesen: „Der Schmied von Ruhla". Da hat man die Frauen vor den Pflug gespannt, und ich glaube, wir sind auch bald dazu reif. Eigentlich gehen wir schon geduldig wie die Ochsen im Joche und ziehen einen viel schwereren Pflug, wie die Bauern von damals. Ich glaube, damals war es der Landgraf, der die Bauern erlöste, aber wenn wir auf den Landgraf warten wollen, dann können wir verrecken.

Genossen! Ich habe mit Menschen reden müssen, denen ich von meiner Verzweiflung und Not und vor allem von meiner ungeheuren Wut erzählen konnte. Es ist mir leichter dabei geworden. Aber ich warte auf Antwort, was geschehen soll, und mit mir warten all die anderen Proletarierfrauen. Wir gehen unter in unserer Verzweiflung, wenn wir uns nicht aufraffen und entschlossen den Kampf aufnehmen gegen das riesige Ungeheuer Kapitalismus, das uns unser letztes Mark aus den Knochen saugt.

Mit kommunistischem Gruß H. M.

Wir glauben, daß es falsch wäre, wenn man zu diesem Verzweiflungsschrei etwas sagen wollte. Er spricht eine gewaltige Sprache und rüttelt an der Lethargie der Arbeiter und Arbeiterinnen und ruft sie zum Kampf.

Was liest Du?

Wenn Du eine bürgerliche Zeitung mit Deinen Angehörigen liest, bist Du Dir dann darüber klar, daß Du damit Verrat an Deiner Klasse übst? Du unterstützest damit nicht nur das Kapital, sondern Du öffnest damit auch gleichzeitig der Beeinflussung durch die Kapitalistenklasse Tür und Tor. Du liest vielleicht eine angeblich sozialistische Zeitung. Auch diese ist für das kämpfende, vorwärts strebende Proletariat schleichendes Gift, weil sie die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen tritt. Indem Du die „sozialistische" Zeitung liest, unterstützt Du die Arbeiterverräter.

Werfe beide hinaus!

Das Kapitalistenblatt und das Arbeiterverräterblatt!

Lies die „Schlesische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Massenversammlungen im Riesengebirge.

In Steinseiffen und Schmiedeberg sprach in überfüllten Versammlungen Genosse Scholze-Waldenburg über den Friedensvertrag, Ultimatum, Steuerlasten und Teuerung. In zweistündiger sachlicher Rede fesselte er die Versammlung, indem er den Anwesenden ein Bild unserer jammervollen wirtschaftlichen Lage gab. Er führte den Nachweis im einzelnen, wie die Parteien, voran die Sozialdemokratie, bei dieser wirtschaftlich-finanziellen Mißwirtschaft mit beigetragen haben. Die Führer der Sozialdemokratie haben bei Steuerfragen und Teuerung nicht den Mut aufgebracht, ihr das vollste Schwergewicht der „Massen", die angeblich hinter ihr stehen, in die Wagschale zu werfen. Viel schlimmer seien die Handlungen im Parlament oder hinter den Kulissen. Man habe, solange man in der Regierung saß oder hineinwollte, eine Verbeugung nach der anderen vor dem „goldenen Kalb" gemacht. Daß es so ist, dafür ist der Parteitag in Görlitz ein lebendiges Dokument. Der Redner behandelte dann die direkten und indirekten Steuern und beschrieb in sachlicher, leicht begreiflicher Weise ihre Auswirkung der Arbeiter- und Angestelltenschaft gegenüber. Nachdem der Referent die Bilder des Elends mit der Zukunft in Verbindung brachte, war dem einfachsten Arbeitern klar, welcher schönen Zukunft er entgegengeht. Ganz anders sei es bei den Kapitalisten, Grund- und Hausbesitzern. Hier wies der Genosse Scholz nach, daß die Besitzer von Fabriken, Grund und Boden, bei der Markentwertung das beste Geschäft machen. Selbst die event. Beteiligung des Staates bei Unternehmen bringe nach allen Seiten Gewinn. Der Staat als Hypothekar-Aktionär gewinne mehr und mehr Interesse an der Ausbeutung der Arbeiter und lasse den Besitzenden immer mehr freie Hand. Er gibt den Vermögenden Gelegenheit, die Steuerbelastung wie die Vermögenskonfiskation durch Preissteigerung wieder wettzumachen. Die Arbeiterschaft muß mit aller Macht gegen diesen neuen Raubzug kämpfen. Dies kann nicht geschehen auf dem Wege, den die SPD. in Görlitz eingeschlagen hat. Die Gewerkschaften müssen auf dem Boden des Klassenkampfes gegen die Kapitalisten kämpfen. Sie müssen die Kontrolle und die Uebernahme der Produktion erkämpfen. Die Massen, die der SPD. nachlaufen, müssen erkennen, daß auf dem kleinbürgerlichen Wege, mit der Koalition mit Stinnes für sie nichts herauskommt.

In Steinseiffen bewegte sich die Diskussion im zustimmenden Sinne. In Schmiedeberg zogen es die Leuchten der SPD. vor, zu kneifen. Der „Führer" der Porzellanarbeiter, der sonst immer den Kommunisten etwas am Zeuge flickt, lag seiner „gewöhnlichen Beschäftigung" ob.

Jauer. Am 14. Oktober trat die Belegschaft des Immerbrand-Ofen-Werkes in Streik, weil der Betriebsobmann fristlos entlassen wurde. Diese Firma hat schon vor einem Jahr den Betriebsobmann entlassen und bis heute ist noch keine Entscheidung gefallen. Die sofort beim Schlichtungsausschuß eingelegte Beschwerde hatte den Erfolg, daß der Betriebsobmann wieder eingestellt wird, wenn er die Beleidigung, die er gegen einen jungen Burschen, der als „Vorgesetzter" ausgegeben wird, ausgesprochen haben soll, zurücknimmt. Darauf wurde der Streik beendet.

Weigelsdorf. Am vergangenen Sonntag fand hier die Einweihung des Kriegerdenkmals statt. Die Gemeindevertreter, einschließlich der SPD., hatten beschlossen, alle geweihten Fahnen beim Umzug zuzulassen. Der Kriegerverein trat an mit schwarz-weiß-roter Fahne. Der SPD.-Wahlverein genierte sich und ließ seine rote Fahne daheim. Ob sie nicht die vorgeschriebene Weihe erhalten hat?

Typisch für die Geistesverfassung der SPD.-Arbeiter ist, daß ihr Gesangsverein mit der Feuerwehr und den evangelischen (gelben) Arbeitervereinen gemeinsam Lieder einübte, in denen der Krieg verherrlicht wurde.

Spremberg. Streik. Das Personal des „Spremberger Anzeigers" (Sachsisch) ist in den Ausstand getreten.

Weißwasser, O.-L. Auch bei uns sind die gesamten Arbeiter der Schweigschen Porzellanfabrik gekündigt. Es handelt sich hier um ein Vorstoß der gesamten Arbeitgeber genannter Industrie gegen die Porzellanarbeiter.

Versammlungskalender.

KPD. Breslau. Distrikt 5. Donnerstag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, wichtiger Distriktsabend.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48, Tel. Lützow 1956 und 1957.

+Frauen+
verlangen sofort bei krankhaft.
Störungen
und Unregelmäßigkeiten meine altbewährten Präparate. Preis 19 Mark und 25 Mark. Viele freiwill. Dankschreiben. Ferner: Gummiwaren jeder Art, Spülspritz., Irrigatoren, Leib- und Monatsbinden
Katalog gegen Rückporto.
Fr. Barthel
Breslau VII,
Sadowastraße 6r, 1. Etage.

Warum
lassen Sie Ihre entbehrlichen Kleidungsstücke
den Motten zum Opfer
fallen? Schneiden Sie sich dieses Inserat aus!
Ich kaufe laufend
neue und getragene
Jackettanzüge
Brautanzüge
einzelne Jacketts
Hosen, Westen
Winterüberzieher
Militärsachen
Schuhe, Stiefel
Hadamek
Brandenburger Str. 9

Die besten u. billigsten Anzüge
vollständig außer Konkurrenz
Zwischenhandel ausgeschlossen, da Selbstverfertigung, kaufen Sie nur
Nikolaistr. 48 a Hinterh.
im neu eröffneten Herren-Bekleidungs-Haus
Große Auswahl in fertigen, maßenen Anzügen.
Inhaber: Hermann Parfetzke

Soeben erschienen!
Die Breslauer politische Polizei vor den Geschworenen
Bericht vom Prozeß gegen den Bezirks-Sekretär der K. P. D., Bezirk Schlesien,
Klein-Scheyer
wegen Landfriedensbruch
Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau
Preis 1 Mark

Die Preise für Wasser und Strom
beitragen von der letzten Vierteljahresablesung ab bis zur Ablesung im 3. Viertel des Rechnungsjahres 1921:

Für 1 cbm Wasser	innerhalb des Weichbildes . .	1,10 Mk.
„ „ „ „	außerhalb des Weichbildes und nach besonderem Abkommen . .	1,25 „
Für 1 KWH. Strom	zur Beleuchtung .	3,50 „
	zur Arbeitsübertragung:	
„ „ „ „	innerhalb d. Sperrstunden	3,30 „
„ „ „ „	außerhalb der Sperrstunden. .	2,70 „
„ „ „ „	zur Flur- und Treppenbeleuchtung	2,95 „

Breslau, den 15. Oktober 1921.
Städtische Betriebsdeputation.

Soeben erschienen:
Erzbergers Ermordung und die revolutionären Arbeiter.
Von Junius M.
„Herr Reichskanzler, der Tod Ihres politischen Freundes treibt die Arbeiterschaft auch hinaus."
Sozialistische Korrespondenz.
Preis 1,25 M.
Zu beziehen durch:
Kommu. Bücherei
Breslau V, Gräbschener Str. 45.
(Nachnahme per Nachnahme.)

Die Nachzahlung der laufenden Teuerungszuschüsse
zu den Militärversorgungsgebührnissen an die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern für die Zeit vom 1. August 1921 bis Ende Oktober 1921 erfolgt bei den Postämtern in Breslau am 29. Oktober gegen besondere Quittung gleichzeitig mit den laufenden Zahlungen.
Ober-Postdirektion.

Anzeigen
haben in der
„Schles. Arbeiterzeitung"
den größten Erfolg.

Für Flechten-Kranke!
Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8 bis 14 Tagen.
Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilkünstler, Bremen,
Große Krummenstraße 23.
Sprechstunden: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

Wiederverkäufer!
Empfehle mich zum Bezuge guter
Herr-, Toilett-, Schmierseifen, Lichten, Streichhölzern, Weihnachtskerzen, Schuhkremen, bestem Leder- und Wagenfett, Oelen, Seifenpulver und Soda.
Musiersendung von 100 M. an per Nachnahme.
Preisliste gratis.
L. Lehnart, Breslau, Poststr. 7.

Ich bestelle hiermit ___ Exemplar der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"
Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.
Name: _____
Beruf: _____
Ort: _____
Straße und Hausnummer: _____
Bestellungen nimmt jedes Postamt sowie die Expedition entgegen.